

BERLIN
Mittwoch
14. September
1932

Der Arbeiter

10 Pf.

Nr. 434
B 209

49. Jahrgang

Redaktion u. Expedition:
Berlin SW 68, Lindenstr. 8
Tel. A 7 Dönhoff 292-297

Erscheint täglich außer Sonntags
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro
Monat (davon 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)
im voraus zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich
60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Poststellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Einzelnenpreis:
Die 11. Hft. 100
Merkzelle 50 Pf.
Die Restkassette
folgt 2 Mark.
Stabatt u. Zeitf.



Das Volk gegen Sozialreaktion!

Aber Unternehmer mit KPD. Hand in Hand

In ihrem hemmungslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie wenden sich die Kommunisten auch gegen das von der Sozialdemokratie eingeleitete Volksbegehren gegen Sozialreaktion. Sie befinden sich dabei treu und bieder an der Seite des Unternehmertums. In demselben Augenblick, in dem die kommunistische Presse triumphierend erklärt: „Herr von Papen und die Unternehmer werden sich diesen Volksentscheid gern gefallen lassen“, begibt in der bürgerlichen Presse bereits der Feldzug gegen die Zulässigkeit des sozialdemokratischen Volksbegehrens!

In der „Königschen Zeitung“ (Nr. 502) wird behauptet, das Volksbegehren der Sozialdemokratie widerspreche dem Artikel 73, Absatz 4, der Reichsverfassung, in dem es heißt, daß über den Haushaltsplan usw. nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen könne. Das Blatt fügt hinzu — und es scheint damit die Meinung offizieller Stellen wiederzugeben:

„Es ist also nicht damit zu rechnen, daß das Begehren auf Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung zugelassen wird.“

Die Kommunisten sind also sehr schnell Lügen gestraft worden. Das Volksbegehren der Sozialdemokratie ist nicht eine Maßnahme zur Rettung der Papen-Notverordnung, sondern zum Schutze der Arbeitnehmerschaft vor Tarifbruch und Lohnabbau. Daher macht das Unternehmertum mobil, um der Regierung die Ablehnung des Volksbegehrens nahezu legen.

Eine solche Haltung der Reichsregierung zu dem sozialdemokratischen Volksbegehren ließe sich aber weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinn des Artikels 43 der Reichsverfassung rechtfertigen. Das sozialdemokratische Volksbegehren bezieht sich nicht auf den „Haushaltsplan“. Die „Königsche Zeitung“ glaubt, sich auf den Staatsrechtslehrer Anshütz berufen zu können. Aber sehr zu unrecht. Anshütz schreibt zwar:

„Der Zweck des Absatzes 4 wird nur dann erreicht, wenn man die Begriffe „Haushaltsplan, Abgabengesetz, Besoldungsordnung“ weit auslegt und insbesondere unter „Haushaltsplan“ nicht bloß das Etatgesetz, sondern jedes Gesetz versteht, das infolge der in ihm angeordneten Einnahmen oder Ausgaben den Staatshaushalt irgendwie wesentlich beeinflusst.“

Selbst wenn man Anshütz darin zustimmt, daß die erwähnten Begriffe weit auszulegen seien, so wird dennoch das sozialdemokratische Volksbegehren nicht als ein Haushaltsgesetz angesehen werden können. Würde man das tun, so würde man praktisch jedes Volksbegehren unmöglich machen können. Es gibt kein Gesetz, das nicht irgendwie auf die öffentlichen Finanzen, also auf den Haushaltsplan, einwirkt. Anshütz betont deshalb selbst zwei wichtige Einschränkungen. Und zwar müssen die in dem Volksbegehren angeordneten Einnahmen oder Ausgaben den Staatshaushalt direkt und außerdem wesentlich „beeinflussen“.

Beides ist aber nicht der Fall. Die sozialpolitischen Teile der Notverordnung, die beseitigt werden sollen, treffen nicht den Staatshaushalt, sondern die selbständigen Einrichtungen der Sozialversicherung, die zum allergrößten Teil mit dem Staatshaushalt überhaupt nichts zu tun haben, und die Sozialpolitik! Der größte Teil der sozialpolitischen Bestimmungen aber hat überhaupt keine finanziellen Auswirkungen auf den Staatshaushalt; er betrifft nur die privatwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Er schafft nur die Grundlage für Tarifbruch und Lohnabbau.

Das sozialdemokratische Volksbegehren muß also zugelassen werden, wenn man die Bestimmungen der Reichsverfassung als rechtsgültig und rechtsverbindlich ansieht. Für diesen Standpunkt wird die Sozialdemokratie die Kräfte des gesamten werktätigen Volkes einzusetzen wissen, selbst wenn die Kommunisten ihrer Rolle als Handlanger der Sozialreaktion treu bleiben.

Zur Völkerversammlung in Genf werden Hauptdelegierte der deutschen Regierung der Außenminister Freiherr von Neurath, der Generaldirektor von Rosenberg und Ministerialdirektor Gauß sein. Als stellvertretende Delegierte werden genannt Freiherr Werner von Rheinbaben, Göppert und von Weizsäcker.

Deutschbewußtes Recht!

„Verfassungsbruch“: grobe Beschimpfung!

Das Reichsgericht zum „Vorwärts“-Verbot.

Beschluß.

XII. V. 139/32.

In der Verwaltungssache betr. das vom Polizeipräsidenten in Berlin am 30. August 1932 ausgesprochene Verbot der in Berlin erscheinenden Tageszeitung „Vorwärts“ hat das Reichsgericht, 4. Strafsenat, in der Sitzung vom 6. September 1932, an der teilgenommen haben:

der Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten als Vorsitzender, die Reichsgerichtsräte Halber und Dr. Sonntag, der Kammergerichtsrat Dr. Günther und der Oberlandsgerichtsrat Flor,

auf die Beschwerde des Verlags

beschlossen:

Die Beschwerde wird als unbegründet verworfen.

Gründe:

In dem beanstandeten Artikel heißt es: „Es ist ein Programm des Verfassungsbruchs, das Herr von Papen gestern in Münster entwickelt hat.“

Das Verbot bemerkt hierzu: „In Nr. 406 B 198 vom Montag, dem 29. August 1932, . . . wird auf der ersten Seite eine Abhandlung zu dem Programm des Herrn Reichskanzlers gebracht, das hier als das Programm des Verfassungsbruchs bezeichnet wird. Diese Charakterisierung, die keinerlei tatsächliche Unterlage hat, stellt eine grobe Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Herrn Reichskanzlers dar.“

Es kann hiernach nicht anerkannt werden, daß — wie die Beschwerde ausführt — die Verbotsbegründung unzulässigerweise vermieden habe, die den Verbotsgrund bildende Stelle anzugeben. Das Verbot sagt vielmehr ganz ausdrücklich, daß die ungerichtetete Charakterisierung des vom Reichskanzler in Münster aufgestellten Programms als eines Programms des Verfassungsbruchs als grobe Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des obersten Reichsbeamten beanstandet werde. Wenn es dem „Vorwärts“ auch, wie in der Beschwerde ausgeführt ist, weniger auf die

Person des Reichskanzlers als auf die Sorge um Wahrung der Verfassung angekommen sein mag, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß die beanstandete Ausdrucksweise mit dem durch gesperrten Druck hervorgehobenen Ausdruck „Verfassungsbruch“ für den Reichskanzler den schweren Vorwurf enthält, er sei sich seiner eidlich gelobten Pflicht, der Reichsverfassung die Treue zu halten, nicht bewußt gewesen. Es kommt nicht darauf an, von welchen Beweggründen sich der Verfasser hat leiten sollen, vielmehr ist lediglich entscheidend, welder Eindruck auf den unbefangenen Leser hervorgerufen wird.

Der ungerichtetete schwere Vorwurf des Verfassungsbruchs

enthält aber, wie die Verbotsverfügung zutreffend ausführt, eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichskanzlers.

Das erlassene Verbot war demnach gemäß § 6 Abs. 1 Ziff. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (RGBl. I S. 297) gerechtfertigt. Auch die Dauer des Verbots war nicht zu beanstanden.

gez.: Baumgarten, Halber, Sonntag, Dr. Günther, Flor.

Ausgefertigt gez.: Wedekind, Ministerialamtmann, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

An den „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H.

in Berlin SW 68.

Verfassungsbruch — keine Beleidigung!

Stimme aus einem anderen Saale des Reichsgerichts

„Die Äußerung, ein Minister habe die Verfassung gebrochen, ist nicht schlechthin ehrverletzend. Sofern diese Äußerung nur die Behauptung in sich schließt, der Minister habe verfassungswidrig gehandelt, kann sie lediglich die Auffassung des Äußernden über eine auf dem Gebiete des Verfassungsrechts liegende, nicht zweifelsfreie Rechtsfrage wiedergeben.“

Erster Senat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 14. April 1931.

Der Bluttag von Eckernförde

31 Nationalsozialisten auf der Anklagebank wegen des Sturmes auf das Gewerkschaftshaus

Kiel, 14. September. (Eigenbericht.)

Vor dem Kieler Sondergericht begann am Dienstag der große Landfriedensbruchprozess gegen die Nationalsozialisten, die am sogenannten „Deutschen Tag“ am 10. Juli das

Gewerkschaftshaus in Eckernförde stürmten und völlig demolierten.

Bei dieser bisher in Deutschland wohl beispiellos dastehenden gemeinen Tat wurden die beiden sozialdemokratischen Landarbeiter Bues und Junge von den vertierten SA- und SS-Horden erschossen. Außerdem wurde eine Anzahl Genossen schwerer und leichter verletzt. Die Nationalsozialisten, von denen sich zwei Haupttäter durch die Flucht der Verhandlung entzogen haben, stellen nur einen Bruchteil der Schuldigen dar. Ob sich die Mörder der beiden sozialdemokratischen Landarbeiter unter den Angeklagten befinden, weiß man nicht. Anklage wegen Rades oder Totschlags ist gegen keinen der Angeklagten erhoben worden. Die Anklage lautet vielmehr nur auf schweren Landfriedensbruch, verbotenes Waffentragen und Beteiligung an einer Schlägerei, bei der Menschen den Tod gefunden haben. Zwei der Nationalsozialisten sind außerdem wegen Räuberführerschaft angeklagt.

Zusammen mit den 31 Nationalsozialisten sitzen 4 junge Angehörige der Eisernen Front auf der Anklagebank. Unter ihnen ist der Reffe des erschlagenen Landarbeiters Bues. Die vier jungen Genossen haben sich nach dem Sturm auf das Eckernförder Gewerkschaftshaus und nachdem sie lange durch Nationalsozialisten auf Lastautos hin und her gekehrt worden sind, in maßloser und berechtigter Erbitterung gegen einige Nationalsozialisten zur Wehr gesetzt. Die Anklage wirft ihnen gemeinschaftliche Körperverletzung vor.

Der erste Verhandlungstag, an dem nur die Angeklagten vernommen wurden, enthüllte schon ein entsetzliches Bild dieses Blutsonntags, obwohl zweifellos die Angeklagten mit der vollen Wahrheit zurückhalten. So geben alle angeklagten SA-Leute und SS-Leute zu, bei den Zusammenrottungen dabei gewesen zu sein. Die wenigsten aber geben eine Beteiligung an den Gewalttaten zu. Sie wollen fast alle erst dazu gekommen sein, als schon alles vorbei war. Die in Haft befindlichen Nationalsozialisten haben sich aber in ihren ersten polizeilichen und richterlichen Vernehmungen selbst und auch gegenseitig belastet, so daß ihnen das jegige Leugnen nicht mehr nützen wird.

In geradezu viehischer Weise, ist auf den alten Landarbeiter

Bues, der mit zwei tödlichen Messerstichen im Rücken aus dem Gewerkschaftshaus herauswankte, eingeschlagen worden. Die Nazis haben mit Karabinerhaken und Fäusten solange auf den Schwerverletzten eingeschlagen, bis er tot am Boden lag. Jede ärztliche Hilfe kam zu spät. Der junge Landarbeiter Junge erhielt einen Messerstich ins Herz. Er verblutete seinen Kameraden unter den Händen.

Stahlhelmer als Mörder.

Der Gutsbesitzer bewahrt das Nordmesser!

Königsberg, 14. September. (Eigenbericht.)

Das Sondergericht in Bartenstein verurteilte am Dienstag den Stahlhelmann Kistlein wegen Körperverletzung mit Todeserfolg und wegen Waffennutzungs zu vier Jahren Gefängnis. Das Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts.

Der Stahlhelmann Kistlein ist der Mörder des Königsberger Reichsbannermanns Alfred Link. Bei einem Reichsbannertreffen in Friedland im Oktober vorigen Jahres waren Reichsbannerleute von Nationalsozialisten überfallen und schwer mißhandelt worden. Bei dieser Gelegenheit kam der Jungbannermann Link aus Königsberg ums Leben. In einem späteren Landfriedensprozeß geriet ein Nationalsozialist in den Verdacht der Täterschaft. Um sich zu retten, gab er den Stahlhelmer Kistlein als Täter an. In der Verhandlung gestand dieser die Tat zu. Es wollte jedoch in Notwehr gehandelt haben. Es hat sich nun herausgestellt, daß sämtliche damals angeklagten Nationalsozialisten gewußt haben, wer der Mörder Links war. Der Stahlhelmann hatte sich seiner Tat überall gerühmt und hatte das Messer, mit dem er die Tat verübte, seinem Arbeitgeber, einem Gutsbesitzer, mit den Worten übergeben:

„Herr Hauptmann, nehmen Sie man das Messer.“

Ich kann wohl einem Reichsbannermann den Gnadenstoß damit gegeben haben.“

Die Verhandlung vor dem Sondergericht ergab, daß Notwehr nicht vorlag, sondern daß Kistlein im Verein mit SA-Leuten seinen feigen Ueberfall auf die allein in einer Strafe gehenden Reichsbannerleute verübt hatte.

Kommunisten wegen Totschlags verurteilt.

Wuppertal, 14. September.

Das Wuppertaler Sondergericht verurteilte in der vergangenen Nacht nach 14stündiger Verhandlung zwei Kommunisten, und zwar den 23jährigen Pfasterer Walter Schmalenberg zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus und den 33jährigen Schlosser Wilhelm Grimm zu vier Jahren Zuchthaus. Beide hatten in der Nacht zum 19. Juni einen Nationalsozialisten durch Schüsse getötet und zwei weitere verletzt. Das Gericht nahm Totschlag in dem einen Falle und Totschlagversuch in den beiden anderen Fällen an und erklärte bei der Urteilsverkündung, nach der Notverordnung vom 9. August wäre die Tat wahrscheinlich mit dem Tode zu sühnen gewesen.

Bomben in Bayern.

Anschlag gegen einen Rechtsanwalt.

Augsburg, 14. September.

Am Mittwoch früh wurde auf das Wohnhaus des Anwalts beim Weihenhorner Amtsgericht, Mag Weber, ein Bombenanschlag verübt. Die Täter legten eine 7,5-Zentimeter-Wurmine auf die Türschwelle und brachten sie mittelst einer 2 Meter langen Jüchdnur zur Entladung. Durch die Explosion wurden die Haustür zertrümmert und die Wände schwer beschädigt. Am Tatort fand man einen Zettel mit der Aufschrift, daß der nächste Anschlag dem Landtagsabgeordneten Bürgermeister Dr. Cenz von der Bayerischen Volkspartei gelten solle.

Scholz und Bronnen.

Deutschbewußte vor die Front!

Ministerialrat Dr. Scholz hat sich als Reichsrundfunkkommissar der Presse vorgestellt. Man erfährt aus seinem Munde, daß der Rundfunk künftig „deutschbewußt“ und frei von jeder Parteipolitik sein werde. Das soll wohl heißen, daß man künftig immer mehr Militärparaden hören müssen — es sei denn, daß man ausschaltet! — und daß nur die Regierung, von der soeben bewiesen worden ist, daß sie mehr als 90 Prozent des deutschen Volkes gegen sich hat, das Mikrophon als politisches Propagandamittel wird benutzen dürfen.

Von grundsätzlicher Bedeutung war nur die Erklärung des neuen Kommissars, daß der bisherige Leiter der Aktuellen Abteilung Dr. Kürschner entlassen werden müßte, weil er „Ausländer“ ist. Dabei wurde angegeben, daß er seit 1931 die preussische Staatsbürgerschaft besitzt. Es ist wohl noch nie dagewesen, daß man einen reichsdeutschen Staatsbürger, was der in Budapest geboren, aber seit seinem 13. Lebensjahre in Deutschland lebende Dr. Kürschner nach Recht und Gesetz durch seine Naturalisierung nun einmal ist, amtlich als „Ausländer“ bezeichnet! Besonders merkwürdig mutet diese Bezeichnung bei Scholz an, der doch bis gestern noch Mitglied der Partei des „Ausländers“ Hitler war!

Nun ist Kürschners Nachfolger, der Schriftsteller Arnold Bronnen, in Wien geboren und ebenfalls nach dem Kriege naturalisiert. Aber der Unterschied liegt nach Dr. Scholz darin, daß Bronnen „deutschstämmig“ ist und Kürschner anscheinend nicht.

Es ist wohl das erste Mal, daß ein vom Verfassungsminister auf einen verantwortlichen Posten gesetzter Beamter sich erlaubt, in amtlicher Eigenschaft sich zu dem Begriff der „Deutschstämmigkeit“ zu bekennen. Das ist ein offenkundiges Bekenntnis zu der antisemitischen Rassenlehre, die, nebenbei bemerkt, in schreiendem Widerspruch zu verschiedenen Artikeln der Reichsverfassung über die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen steht.

Besonders interessant ist, daß Herr Scholz über seinen Schützling Bronnen wörtlich erklärte, dieser sei „mütterlicherseits deutschstämmig und auch väterlicherseits“! Diese Redewendung des Herrn Scholz zwingt uns, auf den Fall Bronnen nochmals einzugehen. Denn in dieser auffälligen Formulierung hat sie ihre besondere Bedeutung:

Herr Bronnen hieß früher Bronner. Sein Vater ist Gymnasiallehrer in Wien und, um mit Herrn Scholz zu reden, nicht „deutschstämmig“. Als dies seinerzeit wegen des Bekenn-

Wie Wölfel niedergetrampelt wurde

Nazistrolche aus der Chausseestraße vor Gericht / Alle Angeklagten schwer belastet

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte findet heute die Verhandlung über den rohen Ueberfall statt, dem am 12. Juli der Offizier Mag Wölfel, technischer Führer des Reichsbanners Kreis Ost, auf dem Wege zur Arbeit zum Opfer fiel. Angeklagt sind vier Nationalsozialisten, von denen drei aus der Unterjuchungshaft vorgeführt werden, der vierte, der nicht in Haft genommen worden war, hat es vorgezogen, Berlin mit unbekanntem Reiseziel bis auf weiteres zu verlassen.

Der Hergang der rohen Tat vollzog sich so: Gegen 4,30 Uhr verließ Genosse Wölfel, ein 55 Jahre alter Mann und Familienvater, seine Wohnung in der Bogenstraße, um sich an seine Arbeitsstätte bei Schultheiß-Pagenhofer zu begeben. Als er in die Chausseestraße eingebogen war, wurde er plötzlich von SA-Leuten hinterläufig angefallen. Zwei Burschen drehten Wölfel beide Arme über dem Rücken zusammen, dann schlug und trampelte man auf ihn ein. Vergebens versuchte er eine Waffe zu ziehen — Wölfel besitzt einen Waffenschein —, man entriß ihm den Revolver, und als der Ueberfall aus dem Boden lag, versetzte man ihm weitere Tritte in den Bauch. Wölfels Verletzungen waren sehr schwer. Mit einem Kieferbruch, einer stark blutenden Wunde über dem Auge, einem Beinbruch und schweren inneren Verletzungen wurde er ins Birchow-Krankenhaus eingeliefert.

Die Angeklagten, die sich wegen Körperverletzung zu verantworten hatten, sind natürlich gleich allen SA-Leuten unschuldig wie die Engel. Zwar ist der eine von ihnen, der Hauptangeklagte Krent, schon mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft, aber das tut nichts. Er erzählt, wie sie in ihrem SA-Vokal von 3 Uhr nachmittags bis 3 Uhr morgens gekneipelt hatten. Es gab Rollen über Rollen, und von etwa sechs Kumpanen wurden nicht weniger als sechs bis acht Stiefel zu zwei Litern getrunken. Dann sind sie hinausgegangen, um einen Kameraden nach Hause zu bringen und bei ihm Kaffee zu trinken. Als die Wirtin sie herunter gelassen hatte, sah Krent plötzlich, wie sich sein Freund, der Mitangeklagte Laehn, mit einem älteren Manne herumschlug. Dieser zog eine Pistole, die er, Krent, ihm dann aus der Hand gewunden hätte, um nicht über den Haufen geschossen zu werden. Ebenso unschuldig ist der zweite Angeklagte, der Gastwirtssohn Bestmann, ein 19jähriger Bursche. Er hat auch nur gesehen, wie sich der alte Herr mit seinem Freunde schlug und kam dann zu Hilfe. Der Angeklagte Laehn, 22 Jahre alt, Schlächter von Beruf, erzählt, daß der alte ruhige Wölfel, ihn, als er „heil Hitler!“ rief, mit Nazistrolch und Arbeitermörder beschimpft habe. Darauf erst sei es zu der Schlägerei gekommen. Auf die Frage, warum denn die Angeklagten schon so lange vorher aus dem Fenster geschaut hätten, behaupten sie, dies hätten sie von 3 Uhr ab getan, weil sie um 1/2 4 Uhr eine Propagandatour vorgehabt hätten. Es wäre allerdings nach dieser durchzechten Nacht eine würdige Propagandatour gemorden.

Als erste Zeugin erscheint ein junges Mädchen in brauner Hitlerjude. Sie hat die Angeklagten heruntergelassen, machte dann die Haustür wieder zu und hörte plötzlich Krach. Als sie daraufhin die Tür wieder aufmachte, will sie mitten auf dem Fahrdamm einen

nisses Bronners — alias Bronnen — zur NSDAP öffentlich festgesetzt wurde, befah dieser Mann den Geschmat, seinen offiziellen Vater zu verleugnen und seine „Reinrassigkeit“ auf Kosten der Frauenehre seiner verstorbenen Mutter „beweisen“ zu wollen.

Als Herr Arnold Bronnen noch Buchhändlergehilfe bei Wertheim und mit Berliner Zeitungen und Verlegern literarische Beziehungen anzuknüpfen bestrbt war, dachte er keineswegs daran, seine Abstammung zu bestreiten. Ganz im Gegenteil. Er führte sich stets ein mit der Redewendung: „Sie kennen doch meinen Vater, Ferdinand Bronner, der unter dem Pseudonym Franz Adamus verschiedene, auch in Deutschland mit großem Erfolg gespielte Stücke verfaßt hat.“ Damals war ihm sein Vater offenbar gut genug, um als literarisches Sprungbrett benutzt zu werden. Aber im Zeichen des Hakenkreuzes will er nichts mehr von ihm wissen und versichert, daß sein wirklicher Vater ein echt arischer Holzfäller gewesen sei.

Ein wohl noch nie dagewesener Vorgang! Und nun macht sich Herr Scholz in seinen Erklärungen vor der deutschen Presse diese schamlose Verleugnung offiziell zu eigen, um diesen peinlichen Widerspruch in seiner antisemitischen Personalpolitik zu verdecken!

Man muß es zweimal lesen, um diese „Deutschbewußtheit“ auch nur halbwegs zu begreifen!

Schupo erschossen.

Schredenszonen in der Mansfelder Straße.

In der Mansfelder Straße in Wilmersdorf spielte sich heute vormittag eine Schredenszene ab. Der Oberwachmeister Otto Thiel vom 152. Revier hatte auf seinem Patrouillengang einen jungen Mann beobachtet, der ein unbeaufsichtigt stehendes Fahrrad stahl und davonfuhr. Ih nahm die Verfolgung des Fahrraddiebes auf und in der Mansfelder Straße gelang es dem Beamten, den Flüchtigen zu stellen.

Als der Beamte auf etwa drei Schritt heran war, zog der Bursche plötzlich eine Pistole und feuerte auf den Schupo drei Schüsse ab. Eine Kugel traf in das Herz und führte den sofortigen Tod des Beamten herbei.

Inzwischen waren zahlreiche Passanten auf den blutigen Vorfall aufmerksam geworden. Als sich der Schupo von allen Seiten umstellte, sprang er in den Vorgarten des Hauses Mansfelder Straße 5 und richtete die Waffe gegen sich selbst. Er jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Sterbend wurde der Fahrraddieb ins Krankenhaus eingeliefert. Bisher konnten keine Personalien noch nicht ermittelt werden.

Explosion in Köpenick.

Ein Arbeiter verletzt. — Maschine auseinandergeflogen.

Im Betriebsgebäude der Hartkoff Metall A.-G. in der Kaiser-Wilhelm-Straße 39/42 in Köpenick ereignete sich heute vormittag eine heftige Explosion, bei der ein Arbeiter Brandwunden am Kopf erlitt. Der Unglückliche erhielt von Samaritern der Feuerwehr erste Hilfe.

In einem großen Raum ist eine Aluminium-Pollermaschine untergebracht, in dem unter Verwendung von Stickstoff Aluminiumbronze bearbeitet wird. Als heute vormittag gegen 10 Uhr ein Arbeiter in die röhrenförmige Maschine eine Stickstoff-Füllung vornahm, erfolgte vermutlich infolge Ueberdrucks eine heftige Explosion. Die Maschine riß unter starker Detonation aus-

„dicken Herrn“ gesehen haben, der eine Pistole zog. Es war aber niemand um ihn herum. Der Verteidiger der Nationalsozialisten wird sehr aufgeregt, als der Vertreter des Nebenklägers Wölfel, Rechtsanwalt Joachim, die ganze Unglaubwürdigkeit einer solchen geradezu sachhaften Aussage beweist.

Mag Wölfel erzählt wie es war.

Der Zeuge Mag Wölfel, der noch immer stark hinnt und die Verletzungen leider noch lange nicht ganz überwunden hat, muß sich setzen, da er das lange Stehen nicht aushalten kann. Er erzählt sehr ruhig und klar: Ich ging zur Arbeit und hatte noch ein paar Minuten Zeit. Da sah ich mir einen Aquariumladen an; ich interessierte mich nämlich sehr für dergleichen. Plötzlich trat jemand von hinten auf mich zu und griff mir nach meinem Freiheitsabzeichen, das ich auf dem Rockaufschlag trug. Er rief: „Her mit dem Ding!“ Ich stieß ihn zurück.

Plötzlich wurde ich von hinten gepackt, man drückte mich nieder, ich bekam einen mächtigen Schlag übers Auge, ich versuchte eine ungeladene Pistole zu ziehen, die ich in der hinteren Tasche der Hose hatte, das glückte mir noch, sie wurde mir aber sofort entzogen, dann schlug und trampelte man weiter auf mich ein, bis Hilfe kam.

Der Verteidiger der angeklagten Nationalsozialisten hält es anscheinend für wichtig, als Wölfel von der ungeladenen Pistole spricht, zu fragen: Warum haben Sie sie dann überhaupt ziehen wollen? Es ist ihm unbekannt, daß man sich auch mit ungeladenen Waffen Menschen vom Leibe halten kann.“ Auf Befragen des Vorstehenden gibt Wölfel an, daß er sechs Monate im Krankenhaus gelegen habe, dann seit drei Wochen in Privatbehandlung sei. Diese werde wahrscheinlich noch lange dauern. Die Ärzte befürchten, daß er die Folgen des Ueberfalles nie wieder ganz überwinden werde.

Die Aussage eines weiteren Zeugen, der als Wächter bei Tietz die Vorgänge beobachtete, belastet die Angeklagten schwer. Im wesentlichen stimmen seine Aussagen mit denen Wölfels überein. Im Zusammenhang damit wird Wölfel gefragt, ob er den Mann, der ihn anfiel, vorher Nazistrolch und Arbeitermörder genannt habe. Wölfel sagt: „Wie komme ich alter Mann dazu, zu einem so jungen Menschen so etwas zu sagen. Solche Bezeichnungen hat man doch alle Tage. Das ist vollkommen ausgeschlossen.“

Die Verhandlung geht weiter.

Der Antrag des Staatsanwalts.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen den Angeklagten Krent wegen unbefugten Waffenbesitzes und gemeinschaftlicher Körperverletzung 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Laehn wegen gemeinschaftlicher gemeinschaftlicher Körperverletzung 1 Jahr Gefängnis, gegen den Angeklagten Bestmann wegen des gleichen Vergehens 10 Monate Gefängnis. Mit scharfen Worten geißelte er die Unmoral der Tat. In noch stärkerem Maße tat dies der Vertreter des Nebenklägers.

einander. Der Metallstaub entzündete sich in Form einer Stichflamme und traf den Arbeiter am Halse. Durch den Aufdruck wurden mehrere Fenster zertrümmert und die Decken beschädigt. Glücklicherweise entstand kein Feuer, so daß die alarmierte Köpenicker Feuerwehr, die unter Leitung des Baurates Anders herbeigeleitet war, bald wieder abrücken konnte.

Bei einem Kellerbrand, der heute Nacht gegen 1/2 2 Uhr in der Gleditschstraße 41 ausgebrochen war, zog sich der 26 Jahre alte Schutzmacher Karl Pflug eine schwere Rauchvergiftung zu. Pflug wurde durch die Feuerwehr ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus überführt.

Präsidentenmörder hingerichtet.

Gorguloffs letzte Worte.

Paris, 14. September.

Gorguloff, der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer, wurde heute früh 5,54 Uhr hingerichtet.

Um 5,20 Uhr betrat der Generalstaatsanwalt, der Untersuchungsrichter, verschiedene Beisitzer, ein Berichtsschreiber, die beiden Verteidiger und der Geistliche die Zelle des Todesstrafkandidaten, der noch in tiefstem Schlafe lag. Gorguloff hatte jedoch sofort verstanden, daß seine letzte Stunde geschlagen hatte. Er nahm das traditionelle Glas Rum und beichtete ein letztes Mal dem russischen Papen. Als man ihn zur Guillotine begleitete, erklärte er, daß er für seine Idee, die weder royalistisch noch kommunistisch sei, sterbe. Er sterbe für das russische Volk. Widerstandslos ließ er sich dann auf das Fallbeil werfen, und wenige Sekunden später war der Gerechtigkeits Genüge getan.

Bluttat bei Potsdam.

Junger Arbeiter in Bornim erschossen aufgefunden.

Am Bornimer Feld an der Pappelallee in der Nähe der Bühnenferm wurde gestern der 24 Jahre alte Arbeiter Walter Weißner aus Bornim erschossen aufgefunden. Ob er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, läßt sich noch nicht mit Gewißheit sagen.

Der junge Arbeiter wurde von zwei jungen Leuten, die auf dem Nachhausewege waren, mit einer schweren Schußverletzung in der Brust aufgefunden. Die beiden jungen Leute sind mit Weißner bekannt. Sie sorgten sofort für seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus. Hier ist Weißner kurz nach der Einlieferung gestorben. Beim Abwägen des Geländes durch Polizeibeamte fand man gestern keine Waffe. Die beiden jungen Leute, die M. aufstanden, können auch die Stelle nicht mehr genau angeben. Der junge Mann hat den Schuß anscheinend in sitzender Stellung bekommen. Es wird vermutet, daß Weißner vielleicht einem Unglücksfall erlegen ist, als er oder andere mit einer Schußwaffe hantierte. Die Potsdamer Morbtkommission ist heute früh mit den Zeugen nochmals nach Bornim gefahren, um eine genaue Untersuchung einzuleiten.

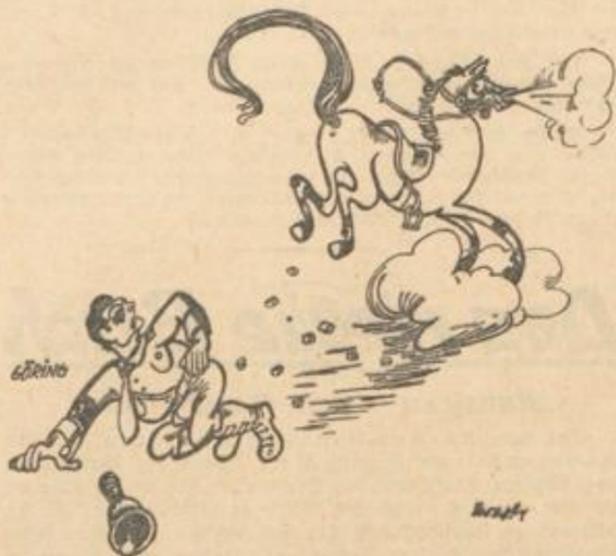
In der Gitschiner Straße 84 wurde die 25 Jahre alte Arbeiterin Erna Lange von dem 24jährigen Alfred Palm nach einer Eifersuchtszene durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt. Das Mädchen wurde ins urban-Krankenhaus gebracht. Es gelang heute früh, Palm, der in der Westfälischen Straße 68 wohnt, zu ermitteln und festzunehmen.

Untersuchung oder Farce?

Meinungsfreit der „Nationalen“.

Der sogenannte Vollzelelntersuchungsausschuss des Preussischen Landtags setzte die Zeugenvernehmung über die Vorgänge bei der Stageraffeeier fort. Aus den Aussagen des Polizeioberleutnants Kremer ist folgendes bemerkenswert: Keine Begeisterung, die das Publikum trieb, kann es nicht gewesen sein. Es wurde zum Beispiel einem Polizeibeamten, der als Teilnehmer an der Stageraffeeier die Ordensschnalle trug, diese abgerissen und auf die Straße geworfen. Durch Eingreifen von Kameraden wurde das Ehrenzeichen dem rechtmäßigen Besitzer wieder zugestellt. Es ist ausgeschlossen, daß vor Betreten der Rolltreppe durch die Wache mit dem Gummiknüppel geschlagen wurde, wie behauptet wird. Ich

Der umgekehrte Bismarck.



„Seht den Nazi nur in den Sattel, reiten wird er schon nicht können.“

kann diese Behauptung aufstellen, da ich an der Spitze des Zuges der Wache die Brücke betrat.

Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes, weshalb am Tage vorher wohl nicht gerufen und der Polizei Schwierigkeiten gemacht wurden, erwidert der Zeuge: An dem Tage habe es stark geregnet. Dadurch wäre die Stimmung etwas gedrückt gewesen und die Begeisterung hätte sich etwas gelegt.

Diese Aussage in Verbindung mit den bereits früher gefallenen ergibt aufs neue die völlige Haltlosigkeit der Aussagen des nationalsozialistischen Zeugen, des Spmbitus Janzen. Polizeioffiziere und Mannschaften haben übereinstimmend ausgelegt, daß die Polizei gezwungen war, von der Abwehrwaffe Gebrauch zu machen, als vom Publikum versucht wurde, die Sperrreihe gewaltsam zu durchbrechen und tätlich gegen die Polizei vorzugehen.

Der Polizeimajor Schmerbed bemerkt an Hand der Zeitabelle, daß die Aussagen des Zeugen Janzen unmöglich stimmen können. Im alten Landtag waren gerade die Deutschnationalen unter Führung des früheren Polizeimajors Borch beifällig, Untersuchungsausschüsse in Gang zu setzen, um Vorgänge in der preussischen Beamtenenschaft mit parteipolitischen Brillen betrachten zu können. Jetzt ist ihnen dieser Ruhm durch den auf Veranlassung der NSDAP. eingeschickten Polizei-Untersuchungsausschuss genommen worden. Deshalb hat sich, nachdem dieser Ausschuss vier öffentliche Sitzungen abgehalten hat, der Abgeordnete Borch in einem Hugenberg-Blatt heftig gegen den Untersuchungsausschuss und die Methoden dieser Nachprüfungen gewandt. Er meint, das ganze sei nur eine Farce!

In einer Geschäftsitzung des Ausschusses griffen die Nazis in schärfster Form Herrn Borch und die Deutschnationalen an. Es kam zwischen ihnen zu lebhaften Auseinandersetzungen. Mit einer offiziellen Erklärung ihrer Fraktion legten die Nationalsozialisten Protest und Verwahrung ein gegen das Vorgehen von Borch, der angab, daß die in dem Artikel wiedergegebene Auffassung von seiner Partei gedeckt würde.

Somit wurde die Diensttagssitzung ausgefüllt mit weiteren Zeugenvernehmungen wegen der Vorkommnisse bei der Stageraffeeier. Die Vernehmungen werden in immer weiteren Sitzungen fortgesetzt, ohne daß die geringste Gewähr einer einwandfreien Aufklärung gegeben wäre.

Verbote am laufenden Band.

Neue Serie.

Das Verbot von Nazi-Rezentivons „Reichswart“ findet realen Auspruch in der Unterdrückung weiterer Kommunistenblätter. So hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen die Erfurter kommunistische Tageszeitung „Thüringer Volksblatt“ auf 14 Tage verboten, weil in mehreren Artikeln sowohl die thüringische Regierung als Mitglieder der Reichsregierung „beschimpft und böswillig verächtlich gemacht“ worden seien.

Weiter ist „Der Syndikalist“ in Berlin-Neukölln gleich auf drei Monate verboten und gegen seinen Verantwortlichen ein Strafverfahren eingeleitet worden. Verboten sind ferner „Der freie Arbeiter“, die „Arbeiterpolitik“ und die Zeitschrift „Spartakus“, von deren weiterem Bestehen viele erst durch die Verbotensnachricht erfahren dürften.

Die in Berlin erscheinenden Zeitschriften „Der junge Volkswirt“ und „Der Agitator“ sind mit sofortiger Wirkung bis zum 12. März 1933 einschließlic (1) verboten worden. Begründet wird dieses Verbot mit schwerer „Beschimpfung“ und „böswilligen Verächtlichmachung“ der Reichsregierung.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat die „Preussische Zeitung“ (nationalsozialistisch) in Königsberg auf die Dauer einer Woche verboten, weil in der Zeitung der Reichsregierung Verfassungsverstoß vorgeworfen wird.

Auch die nationalsozialistische „Neue Kreiszeitung“ in Bad Liebenwerda ist, allerdings nur auf fünf Tage, verboten worden, und zwar wegen eines Artikels über das Beuthener Urteil.

Im Kinematograph am Zoo läuft „Vergehen in Flammen“ ein Film aus den Dolomiten. Im Hintergrund des Bildes haben die gepaltigen Berge der Alpen und der Kampf um Tirol. Im atmosphärischen Vordergrund wird das Thema „Stierenschlacht“ behandelt.

Schach dem Tode!

Der Kampf der Wissenschaft gegen den Scheintod

Zahllos sind jene unheimlichen Geschichten, in denen ein für tot gehaltener Mensch aufgehört wurde und nach einiger Zeit in der Leichenhalle oder unter ähnlich schauerlichen Umständen wieder zu sich kam. Wir alle haben solche Geschichten gehört oder gelesen, und so kommt es, daß besonders in Laienkreisen mit dem Begriff des Scheintodes alle möglichen Befürchtungen verbunden sind — jeder Arzt macht in dieser Richtung seine Erfahrungen. Vieles auf diesem Gebiet ist natürlich übertrieben oder falsch dargestellt, aber es bleibt bei dem dunklen und rätselhaften Problem des Scheintodes noch genug an Tatsachen übrig, um eine Beschäftigung mit dieser Frage wichtig und lohnend erscheinen zu lassen. Gerade aus der letzten Zeit liegt hierüber eine Fülle von interessanten Untersuchungen vor, die deutlich zeigen, daß die Bedeutung des Kampfes gegen den Scheintod bisher vielfach unterschätzt worden ist. Ehe wir aber näher auf diese Frage eingehen, muß zunächst deutlich ausgesprochen werden, daß die unter den Laien so häufige Sorge vor dem „Lebendigbegrabenwerden“ vollkommen überflüssig ist. Die gefühllos vorgeführte Wartezeit (Aufbahrung) vor dem Begräbnis verhindert eine derartige Möglichkeit absolut; sie hat einfach den Sinn, in dem Zeitraum der Aufbahrung die sicheren Todeszeichen (Leichenstarre, Totenflecke usw.) eintreten zu lassen, bei denen eine Täuschung vollkommen ausgeschlossen ist. Wenn wir von einem Kampfe gegen den Scheintod sprechen, so meinen wir also nicht etwa eine Verstärkung dieser durchaus genügenden Sicherheitsmaßnahmen, sondern es handelt sich darum, den Übergang des Scheintodes in den wirklichen Tod zu verhindern. In einem bekannten medizinischen Werke über die Wiederbelebung findet sich zu diesem Problem folgender Satz: „Sicherlich verläßt eine große Anzahl von Menschenleben dem Tode, weil im Glauben, der Tod sei schon eingetreten, keine Rettungsmaßnahmen mehr getroffen werden.“ Dieser eine Satz zeigt wohl schon mit hinreichender Deutlichkeit, wie ungeheuer wichtig diese Frage ist, und welche Bedeutung wir dem Kampfe gegen die unheimliche Erscheinung des Scheintodes zumessen müssen.

In allen Fällen von echtem Scheintod bietet der Betroffene das Bild eines wirklichen Toten. Nicht nur der Laie erhält diesen Eindruck, sondern auch der geschulte Arzt kann häufig den Scheintod nicht als solchen erkennen: durch keine der üblichen Methoden läßt sich auch nur die geringste Herzstätigkeit nachweisen, und der Atem steht vollkommen still. Und doch lebt der Scheintote noch, wenn auch auf einer tieferen Stufe — ein Leben auf Widerruf sozusagen, und nur eine begrenzte Zeit hindurch. Neuere Untersuchungen haben festgestellt, daß ein lebenswichtiger Teil des Körpers seine Funktion eingestellt haben kann, trotzdem aber noch als lebend bezeichnet werden muß. Eine besondere Rolle spielt diese Tatsache bei dem sogenannten Atmungszentrum, von dem die Impulse für den Atmungsorganismus ausgehen.

Beim Scheintode ist dieses Atmungszentrum außer Funktion gesetzt — seine Lebensfähigkeit bleibt aber noch lange erhalten. Der entscheidende Punkt bei dem Kampfe der Wissenschaft gegen den Scheintod besteht nun in der Aufgabe, durch geeignete Mittel (künstliche Atmung usw.) die Tätigkeit dieses „Lebenspunktes“, wie die Franzosen das Atmungszentrum genannt haben, wieder in Gang zu bringen und dadurch den Scheintod zu überwinden.

Beim Problem des Scheintodes aber drängt sich eine prinzipielle Frage auf: wie ist es überhaupt möglich, daß selbst der geschulte Arzt mit all seinen Hilfsmitteln nicht einmal einen Toten von einem Lebenden unterscheiden kann? Diese Frage führt uns über die rein medizinische Seite unseres Problems hinaus und zu einer der Grundfragen der Wissenschaft vom Leben überhaupt — zu dem uralten und ewig neuen Rätsel, was „Leben“ eigentlich sei und wodurch es sich vom „Tod“ unterscheidet. Nehmen wir als Beispiel folgenden interessanten Fall: vor genau 22 Jahren tötete ein Wissenschaftler bei seinen Experimenten ein Huhn und entnahm dem Herzen des Tieres einige Zellen. Er setzte sie bestimmten Bedingungen aus, die ihnen auch außerhalb des Körpers ein Weiterleben ermöglichen sollten. Der Versuch gelang, die Zellen blieben leben, vermehrten sich durch Teilung usw., kurz sie zeigten die gleichen Erscheinungen, die wir von diesen Zellen auch im lebenden Körper kennen. Das war vor 22 Jahren. Inzwischen hat man die Zellen weitergezüchtet... und sie leben heute noch genau so wie damals, während das Huhn, dem sie entnommen wurden, inzwischen schon längst auf natürliche Weise gestorben wäre!

Was für einzelne Zellen gilt, läßt sich unter Umständen auch für ganze Organe erreichen: man kann bekanntlich Frosherzen herausnehmen und längere Zeit in Nährflüssigkeiten schlagen lassen, ja sogar bei einem Embryoherzen ist das kürzlich unter besonders günstigen Bedingungen 36 Stunden hindurch gelungen! Es gibt sozusagen eine Stufenleiter des Todes — das höher organisierte Lebewesen erliegt notwendig dem natürlichen Tode, einzelne Teile seines Körpers dagegen nicht unbedingt, für sie ist der Tod kein zwingendes Attribut des Lebens. Und auf der unteren Stufe der Organismen, im Reiche der Einzeller, scheint sogar der gesamte Körper (die Zelle, in der sich alle Lebensfunktionen vereinen) an sich unsterblich zu sein; man hat gewisse Arten von Einzellern schon Jahrzehnte hindurch gezüchtet, ohne daß sich irgendwelche Altersschädigungen bemerkbar machten. Amerikanische Forscher wollen sogar in gewissen geologischen Schichten derartige Lebewesen gefunden haben, deren Alter auf Millionen von Jahren zu veranschlagen ist!

Diese wenigen Beispiele zeigen schon deutlich genug, wie fließend die Begriffe „Leben“ und „Tot“ ineinander übergehen.

Jetzt verstehen wir auch, daß das Problem des Scheintodes in Wirklichkeit viel tiefer liegt, als es zunächst den Anschein hat. Dr. W. Hoffmann.

Entwurf zu einem sozialen Museum.

Die Sammlung Würk von Krüppeldarstellungen.

Ein Arzt, der dem Gegenstand seiner speziellen Betreuung menschlicher Gebrechen in der bildenden Kunst nachspürt und ihre Nachbildungen seit dem Altertum sammelt, zur eigenen und der Allgemeinheit Belehrung: wald besonders der erschütternden Fall von Sammelalben Hans Würk, Direktor des Ostarkhelenshelms in Dahlem, hat ein solches Museum menschlichen Elends in ertaunlichem Umfang zusammengestellt: 5000 Kunstwerke, meist Graphiken, auch Zeichnungen, Delbilder, Kleinplastiken und Reproduktionen nach Darstellungen menschlicher Krüppel.

Das Ostarkhelensheim will den Krüppel zum normalen Wuchs zurückführen und ihn der Arbeit wiedergeben. Die Sammlung von vielstündigen Darstellungen Mißgefallter stellt eine einzige Rechtfertigung dieser schönen humanen Aufgabe dar und zugleich ihr höllisches Gegenstück aus der Vergangenheit.

Man kann hier sehr vieles lernen: wie seit Urzeiten die bedeutendsten Künstler sich zu den unheimlichen Mißbildungen hingezogen fühlten und niemals aufgehört haben, das Teufliche in der Schöpfung dem Ebenbild der Gotteschönheit entgegenzustellen. Wie man sich in der Gesellschaft zu den Mißgefallten gestellt hat: mit Abneigung, Hohn und dem Bewußtsein der Ueberlegenheit (Alpseel: der Hofnarr der Fürsten); mit Demut und Liebe, in den Wunderhallen und der christlichen Caritas; mit grausamer Neugier, da wo sich Verkrüppelte dem Böbel zur Schau stellen mußten; und schließlich mit dem Pathos sozialer Anklage, die seit Laotai und Soga bis zur Gegenwart von Dig, Groß und Jille Krieg, Kapitalismus und andere Grauel der Gesellschaft als Schuldträger für diese menschlichen Leiden angeprangert hat.

Man lernt in dieser unerschöpflichen Schau aber auch tiefere und feinste Unterscheidungen machen in der psychologischen Beurteilung menschlicher Fähigkeiten: wie aus leichteren oder schweren Abweichungen von der Norm geniales Schaffen, Gesichtswende, Erfindungen und auch Grauel jeder Art ihren heimlichsten Ursprung entstehen. Wie aus Minderwertigkeitsgefühlen körperlicher oder seelischer Herkunft der Ehrgeiz, es zu etwas Besonderem zu bringen, entstanden ist, zeigt die Geschichte auf jeder Seite, von Alexander dem Großen bis zu Richard III., Napoleon und Wilhelm II.

Dieser wahrhaft geistreiche und bedeutende Beitrag zur Menschheitsgeschichte ist in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht auszuschöpfen. Die Sammlung von Direktor Würk kann in ihrer preiswürdigen Aufstellung in 10 Räumen des Ostarkhelenshelms niemals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Sie muß, um ihre Werte zu erhalten, von Stadt oder Staat übernommen, musealtechnisch aufgestellt und der Allgemeinheit zum Studium geöffnet werden. Es dürfte nicht schwer sein, die nötigen Räume und die Museumsorganisation zu finden. p. f. sch.

Nationalkonzentrierte Zwangserziehung

„Auf vielfachen Wunsch“, wie der Rundfunk den Hörern mitteilen mußte, ging Herr von Papens auf Wachsplatten konzentrierte Rede zum zweitenmal über alle deutschen Sender. Die günstigste Abhörzeit für den werktätigen Hörer war damit in ganz Deutschland auf Seezeit geschaltet. Daß die bisher für die „Stunde der Regierung“ vorgesehene Rundfunkzeit zwischen 7 und 8 Uhr abends von Herrn von Papens zwischen 7½ und 8½ Uhr gesetzt wird, hat zur Folge, daß von dem programmatischen Abenddarbietungen rückwärts ein Stück herausgeschnitten wird, so am Montag die erste Hälfte von „Caecilia rusticana“.

Was den Erwachsenen genommen wird, wird den Kindern gegeben: Rundfunkunterhaltung. Der Schulkind der Deutschen Welle trägt nach besten Kräften dafür Sorge. Er übernahm aus Hamburg (dieser Sender verdient überhaupt besondere Beachtung) eine Veranstaltung, so recht für das Herz und Gemüt

der deutschen Schuljugend zusammengestellt: „Deutsche Märchen“. Der Schulfunk ist bekanntlich eine Einrichtung, die besonders den Lehrplan entlegener ländlicher Schulen bereichern soll. „Deutsche Märchen“, dargestellt in 9 Militärmärchen, ist das nicht ein Thema, über das man nachdenken kann? hieß es in den verbindlichen Worten. Die Sendung ist es auf ihre Weise. Den Pariser Einzugsmarsch erklärte sie als „ein helles Bild deutscher Bergengenheit“, ein Paradebild, das dem Redner „stark wie Orgel“. Ist es ein Wunder, daß viele Lehrer in der Provinz uns voller Empörung über diese Sendung schrieben?

Ein kleiner Lichtschein war im Programm der Berliner Funkstunde zu entdecken. Es gab eine Bücherstunde „Vom Krieg zum Frieden“; Referent Dr. G. Hermann. Ihr Titel war eindringlicher als ihr Inhalt; doch die Ausführungen bewiesen bei aller literaturkritischen Einstellung dem Stoff jedes Buches völlige Objektivität. Der Hörer empfing keine Empfehlungen für die Lektüre eines bestimmten Wertes; er bekam aber über alle besprochenen Bücher einen ausreichenden Ueberblick, um sich das für ihn geeignete selber aussuchen zu können. — 12.

Helene Aldermann: „Neue Frauen“.

Kleines Theater.

Eine Wiener Schriftstellerin hat von der gefälligen, wenn heute auch schon überlebten Plauderkunst ihrer Landeseute gelernt. Sie benutzt diese Fähigkeit, um Probleme der Liebe und Ehe zu erörtern. In einem Pfarrer, dessen Lebenszweck die Hebung gefallener Mädchen ist, zeigt sie die Schwierigkeit des Unterjüngens. Der geistliche und gütliche Herr wird innerlich zerrissen von der legitimen Gattin, die ihn in die Tiefen des sehr alltäglichen, des mangelnden Wirtschaftsgeldes und des Kindergeplärs hinabzieht. Die Bakteriologin Fräulein Dr. Lustig will ihn dafür in ihrem Schlafzimmer trösten, was aber nur vorübergehend gelingt. Denn er empfiehlt das Heiligste für die Gattin des Seifenfabrikanten Johann Zug, ohne allerdings viel mehr als oberflächliche Sympathie bei dieser dem kompromittierenden Ehebruch abgeneigten Dame zu gewinnen. Schließlich kehren alle beteiligten Paare zu ihrer durch Jont und Verführung ausgefüllten Legitimität zurück. Das ist alles zu wahr, um schön, zu schön, um wahr zu sein. Festgestellt werde aber die Schlagfertigkeit eines brauchbaren Theaterdramas.

Die Damen West, Krahn und Kolman, die Herren Stoeger und Ludwig zwingen die dankbaren Rollen. Man entdeckt wieder, daß viele Talente in Berlin nicht ausgenutzt werden können, weil die Zufallsdirektoren nicht stabil sind und auf jede Ordnung ihres Geschäfts und ihrer Kunst längst verzichteten. M. H.

Das erste populäre Philharmonische Konzert.

Wieder steht Professor Prüper am Pult, wieder musiziert das Philharmonische Orchester. Als würdiger Auftakt des beginnenden Musikwinters klingen Bach, Brahms, Beethoven feierlich durch den Raum; der aber ist halb leer, während in früheren Jahren jedes einzelne dieser populären und überaus preiswerten Konzerte bis auf den letzten Platz besetzt gewesen war. Ein guter Dirigent, eins der besten Orchester der Welt, die bewährtesten Werke, die man sich denken kann — finden sie bei Preisen von 50 Pf. bis 1,20 M. wirklich nur mehr ein so schwaches Echo? Steht die Musik so tief im Kurs oder ist auch der Preis noch zu hoch, zu unerschwinglich für die, die ihr treu geblieben sind und Sehnacht haben nach ihrem lebendigen Erklingen? Schwer zu entscheiden; es ist auch noch sehr früh im Jahr. Es wäre aber traurig, wenn so hochwertiges Angebot ohne Nachfrage, wenn solche Musik ohne Gemeinde bleiben müßte; wenn die steigende Flut der Not die letzten Brücken abzureißen vermüßte, die uns verbinden mit dem Reich der Phantasie. A. W.

Scharfer Kurs in Litauen.

Arbeiterfeindliche Diktatur.

Von allen osteuropäischen Ländern ist Litauen vielleicht am wenigsten von der Wirtschaftskrise betroffen. Der ausgesprochene landwirtschaftliche Charakter, das Fehlen großer Städte und die schwache Entwicklung der Industrie haben das bewirkt. Aber das flache Land, dessen Lebenshaltung außerordentlich niedrig bleibt, klagt, wie anderswo, über den Rückgang der Getreidepreise, die Absatzstörung und die Ausführungsschwierigkeiten. Das industrielle Proletariat hat seit dem vergangenen Jahre Lohnsenkungen durchgemacht, die durch den beträchtlichen Rückgang der Lebenshaltungskosten nicht ausgeglichen wurden. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch verhältnismäßig klein, aber man erwartet eine erhebliche Vergrößerung nach der Erntearbeit.

Es besteht weder Arbeitslosenversicherung noch auch nur Arbeitslosenunterstützung.

Die Gemeinden beschränken sich darauf, einige öffentliche Arbeiten durchzuführen — Straßenpflasterungen usw. —, die völlig ungenügend sind. Den öffentlich Angestellten wurde das Gehalt um 20 Prozent gekürzt.

Seit dem 17. Dezember 1926 herrscht die nationalistische Diktatur, unter Woldemaras brutal und blutig, jetzt unter Smetona und Tubelis reaktionär und arbeiterfeindlich. In Opposition stehen die Sozialdemokraten, die liberale Volkspartei und die Christlich-Demokraten, eine ultraklerikale Partei, deren Führer vor kurzem in verschiedenen Prozessen stark kompromittiert wurden. Der Prozeß gegen den früheren Finanzminister Petrulis hat ans Licht gebracht, mit welchen Methoden die christlich-demokratischen Minister ihre Bankkonten erhöht haben.

Die sozialistische Partei arbeitet in Litauen unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen. Die Zeitung „Socialdemokrat“ ist einer strengen und zugleich stupiden Zensur unterworfen, die geringste Kritik an der Regierung wird mit schweren Geldbußen bestraft.

Die Parteigenossen laufen täglich Gefahr, deportiert zu werden. Die Sozialisten, die in öffentlichen Institutionen arbeiten, sind niemals sicher, was der morgige Tag bringen wird.

Die Regierung hat es nicht gemagt, gegen den Parteitag

vom November 1931 vorzugehen. Die Ankunft Crispiens sowie einiger lettischen und estnischen Genossen und die Anwesenheit der Delegierten des interbaltischen Kongresses für den Mutterschutz in Kaunas haben die Regierung gezwungen, diese erste große sozialistische Kundgebung seit den blutigen Tagen der Regierung Woldemaras zu dulden.

Seither aber haben Reden des Staats- und des Ministerpräsidenten die Rückkehr zur Methode der „starken Hand“ gekennzeichnet. Vor ganz kurzer Zeit hat sich Premierminister Tubelis für den Kampf „gegen die Marxisten“ ausgesprochen. Es besteht ein fast lückenloses Versammlungsverbot.

Die Polizei muß 48 Stunden vor der kleinsten Kundgebung oder Versammlung benachrichtigt werden und erteilt keine Genehmigung.

Daher die Unmöglichkeit, Arbeitsitzungen, Versammlungen oder Konferenzen abzuhalten. Sogar Ausflüge der Sport- oder anderen Vereine werden nicht geduldet!

Unter der gleichen Verfolgung steht die Gewerkschaftsbewegung. Im vergangenen Winter wurde in Kaunas eine Zentralgewerkschaft gegründet. Als die Regierung diese Bewegung wachsam sah, ließ sie Anfang Juni die beiden leitenden Genossen: J. Rakelis, Mitglied des Parteivorstandes, und P. Platšchias, unter dem Vorwand verhaften, daß ihre Anwesenheit in Kaunas „für die öffentliche Ordnung gefährlich“ sei. Der Erstgenannte wurde in den Bezirk Zarasai verbannt, der zweite in den Bezirk Birzai. Der Innenminister, ein Offizier, wacht darauf, daß keine Gewerkschaftsversammlung erlaubt wird!

Die Kraft der Diktatur liegt in der Unterstützung durch das Offizierskorps. Das Gebäude der Diktatur zeigt aber dennoch Risse. Die steigende Verschärfung der Wirtschaftskrise, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die Feindschaft eines großen Teils der Intellektuellen, die Opposition der Geistlichkeit, die Rückwirkungen der Remespolitik, die die Regierung vor den Haager Gerichtshof brachte, das alles stört die Ruhe der Herrschenden. Die Sozialisten erwarten ihre Zeit.

Sind die Angestellten schuld?

Nein, die Notverordnungen des neuen Systems.

Aus den Kreisen der Arbeitsamtsangestellten wird uns geschrieben:

Die Arbeitslosen, erregt über die ungeheuren Kürzungen ihrer Unterstüßungen, pendeln zur Zeit zwischen Wohlfahrts- und Arbeitsamt hin und her, um sich zu beschweren. Alle nur möglichen und unmöglichen Instanzen werden aufgesucht, wenn der Einspruch gegen die Herabsetzung des Unterstützungssatzes noch nicht erledigt ist. Die Arbeits- und Wohlfahrtsamtsangestellten sollen der Prellbock sein für jeden, der „in der Fahrt“ ist.

Die Arbeitsämter haben nur noch das Recht, die Unterstützungshöhe für die ersten sechs Wochen festzusetzen. Von der siebenten Unterstützungswoche in der Arbeitslosenversicherung an und in der Krisenfürsorge bestimmt das Wohlfahrtsamt die Höhe der Unterstützung und nur in den Fällen, in denen das Wohlfahrtsamt einen höheren Satz vorschlägt als der Richtsatz in der Arbeitslosenversicherung ist, kann und muß das Arbeitsamt seinen niederen eigenen Satz an den Arbeitslosen zahlen.

Praktisch ist also jede Bemängelung der Höhe der Unterstützung von der 7. Woche an und in der Krisenfürsorge beim Arbeitsamt selbst zwecklos, denn entweder bekommt der Arbeitslose nur seinen Unterstützungshöchstsatz oder die Unterstützung, die das Wohlfahrtsamt vorgeschlagen hat. In beiden Fällen ist die zuständige Beschwerdestanz die Wohlfahrt. Im ersteren Falle muß sie dem Arbeitslosen einen Zuschuß zahlen, wenn nach ihrer eigenen Meinung der Unterstützungssatz der Arbeitslosenversicherung zu gering ist, oder sie muß ihr eigenes Gutachten berichten, damit das Arbeitsamt einen höheren Satz zahlen kann. Wenn den Arbeitslosen nirgends die richtige Auskunft gegeben wird, wer für ihre Beschwerde zuständig ist, so liegt das an einer höheren Anweisung.

Die Zänkereien mit den Angestellten der beiden Ämter ist ganz und gar unangebracht. Daß die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und der sich daraus ergebenden Einsprüche nicht glatt erledigen läßt, das hat jeder Fachmann und sogar der deutsche Städtetag vorausgesetzt. Schuld daran sind weder die Wohlfahrts- oder die Arbeitsämter, noch weniger ihre Angestellten, sondern einzig und allein die Stellen, die diese Notverordnungen ausgestellt haben, ohne sich über ihre praktische Durchführbarkeit Kopfschmerzen zu machen.

Die Arbeitslosen dürfen ihren Unmut nicht an den Angestellten auslassen, sie müssen zur gegebenen Zeit mit dem System abrechnen, das die Verschlechterung samt all dem Wirrwarr angeht.

Zum Druckerstreik bei H. G. Hermann.

Der „Berliner Börsen-Courier“ teilt seinen Lesern mit: „Infolge eines Streiks in unserer Druckerei kann unsere Zeitung zu unserem Bedauern nicht erscheinen.“

Wie im „Vorwärts“ berichtet, handelt es sich um einen Abwehrstreik gegen die Kürzung der über tariflichen Löhne.

„Die Totenkammer der Spinne.“

Betriebsrat gegen Herabwürdigung.

Der Betriebsrat der Spinnstofffabrik in Zehlendorf befahte sich mit einem gegen ihn gerichteten Zeitungsbericht, der den Zweck verfolgte, die freigewerkschaftlichen Mitglieder des Betriebsrats, die nicht den Parolen der KPD folgen, herunterzureißen. Für die Mitglieder der „roten Einheitsliste“ erklärte Walter, daß die führenden Genossen der KPD, im Betriebe diesen Bericht in großem Umfange ablesen und verurteilen. Festgestellt wurde, daß dieser in der „Roten Fahne“ veröffentlichte Bericht Verdrehungen und bewußte Unwahrheiten enthält, nur um den Betriebsrat in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen. Einstimmig wurde beschlossen, das Blatt zu einer Berichtigung zu veranlassen, sobald es wieder erscheint.

Nacharbeit für Frauen besteht nicht in der Spinnstofffabrik, sondern in der Armit-Textiloberbedungs-Gesellschaft. Sie ist mit dem dortigen, in seiner Mehrheit aus kommunistischen Mitgliedern besetzten Betriebsrat vereinbart worden, und zwar um Ueberstunden zu vermeiden und über 400 Neu-

einstellungen zu ermöglichen. Ein Abbau von Säurezulagen, Kleider- und Milchlieferung ist nicht geplant.

Es stimmt auch nicht, daß der Vorsitzende des Betriebsrats der Betriebsleitung Hilfe leiste gegen Förster. Ein Antrag der Firma, dessen Entlassung zuzustimmen, wurde einstimmig abgelehnt. Falsch ist auch die Behauptung, die Sonntagsarbeitszeitregelung sei durch einen Streik abgeschlagen worden, vielmehr wurde diese Angelegenheit durch Eingreifen des Fabrikarbeiterverbandes geregelt.

Die Bergarbeiter-Internationale.

Der Londoner Kongreß.

Der Präsident des 13. Kongresses, Dejardin (Belgien), machte in seiner Eröffnungsansprache die bestehende internationale Regelung der Kohlenindustrie unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem für die katastrophale Wirtschaftslage des Kohlenbergbaus in den meisten Ländern verantwortlich. Die Weltkrise sei seit dem letzten Kongreß außerordentlich verschärft. Sie sei in der Kohlenindustrie ärger als in irgendeinem anderen Wirtschaftsgebiete.

Dejardin wandte sich dann gegen die kommunistische Propaganda, die die Arbeiter nur zerpfältere. Das Ziel der 3. Internationale sei nicht die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter und die Unterstützung ihrer gesetzlichen Forderungen, sondern revolutionäre Propaganda. Die Gefahr sei in Deutschland deutlich zutage getreten, wo sich der Kommunismus gegen die Sozialdemokratie gemahnt habe. Mit Bezug auf die Ansammlung riesiger Kohlenvorräte in den verschiedenen Ländern betonte Dejardin, daß eine

internationale Regelung der Kohlenvorräte

dringend notwendig sei.

Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Staal, teilte mit, daß von sieben Ländern, die in der internationalen Arbeitsstundenkonvention genannt sind, Spanien das einzige Land ist, das bisher ratifiziert hat. Eine Sitzung des Verwaltungskörpers des I.A.A. werde die Möglichkeit einer besonderen technischen Konferenz über die Arbeitsstundenfrage erwägen. Die Ratifizierung sei nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Schaffung eines Arbeitsstundenstandards für alle Bergwerke Europas und ein erster Schritt auf dem Wege aus der gegenwärtigen trübsamen Lage.

Neue Arbeiterentlassungen.

500 Mann auf Zeche „Friedrich der Große“.

Dortmund, 14. September.

Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks „Friedrich der Große“ in Herne hat Betriebsbeschränkungen auf ihrer Zeche „Friedrich der Große“ in Herne angekündigt. Zur Entlassung sollen 500 Arbeiter kommen. Als Grund dieser Maßnahme wird Arbeitsmangel angegeben. Die Abfertigung der Sperrliste ist beantragt worden.

Eine Handtasche in Neuföhlen verloren. Heute vormittag verlor eine alte Funktionärin der Partei auf dem Wege vom Bahnhof Neuföhlen zum Buschweg zwischen 9.15 Uhr bis 9.30 Uhr ihre gehäkelte Handtasche mit sämtlichen Wohnungsschlüsseln. Der Finder wird gebeten, sich bei dem Genossen Dressel, Betriebssekretariat im Bezirksvorstand, Lindenstraße 3 (Tel.: Dönhoff 5086), zu melden.

34. Abt.: Unser Genosse Hermann Lucht ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Donnerstag um 17½ Uhr im Krematorium Baumkullennweg statt. Um rechte Beteiligung wird gebeten.

139. Abt.: Tegelort. Heute abend Jahlabend im Restaurant „Zum Schwan“, Scharfenerger Straße 30. Die politische Lage. Referent: Martin Stein.

Better für Berlin: Weist bewölkt mit langsamem Temperaturanstieg, keine nennenswerten Niederschläge, leichte westliche Winde. — Für Deutschland: Im Süden zeitweise aufheiternd und am Tage warm, im übrigen Reich größtenteils bewölkt mit Erwärmung und namentlich im Nordosten einzelne Regenfälle.

Das neue Buch

„Hausfrau — dein Wochenende“

Das neue Kosmos-Hausbuch „Hausfrau — dein Wochenende“ von Elisabeth Reiff (Frankh'sche Verlagshandlung, Stuttgart 1932) greift das Problem der Freizeit der Frau auf und gibt eine Fülle praktischer Winke zu seiner Lösung. An sich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Hausfrau wie die Hausangestellte sich ihres Rechtes auf Erholung und Freizeit bewußt wäre und verlor, es von sich aus zu verwirklichen. In Wirklichkeit aber ist der Sonntag für die meisten Frauen — nicht nur für die doppelt belasteten, noch außerhäuslich Berufstätigen, sondern auch für die Kur-Hausfrauen — ein Arbeitstag. Die Verfasserin versucht, hier eine Reihe zu schlagen, indem sie zunächst den Hausfrauen selbst ihr Recht zu ihrem Bewußtsein bringt. Sie gibt praktische Winke, wie man die Hausarbeit einteilen kann, um sich auch unter schwierigen Verhältnissen etwas Freizeit zu gönnen. Ein ausführlicher Sonnabend-Sonntag-Speisezettel schließt sich an die theoretischen Erörterungen, aus dem besonders die einfachen, billigen Eintopfergerichte hervorzubeden sind. Ueber Frischhaltung von Lebensmitteln auch ohne kochspieligen Eisfrant, über die Küche des Kleingärtners und des Laubenkolonisten wird knapp Wissenswertes zum Wochenende dargeboten, und endlich erfährt der Wanderlustige eine Menge von teilweise recht guten, preiswerten Rezepten zum Ablocken auf Wanderungen und zur vorherigen Zubereitung daheim. Alles in allem ein recht empfehlenswertes kleines Buch, das viele Anregungen gibt. Elke.

Rundfunk am Abend

Mittwoch, den 14. September 1932

Berlin: 16.05 Aus Staaken: 200 Jungens fliegen in Sportflugzeugen. 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30 Autolatin (Dipl.-Ing. R. Schur). 17.50 Kitsch und Kunst (G. Stolze). 18.10 Eine Viertelstunde Technik (Ing. J. Boehmer). 18.25 Von der Pyramide zum Hochhaus (Dr. T. Raschkow). 18.50 Mitteilungen des Arbeitsamtes. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Orchesterkonzert. 20.30 Funkkalender. 21.30 Karl Erb singt. 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.

Königswusterhausen: 16.00 Pädagogischer Funk. 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30 Peter Rosegger und die Steiermark (O. Petri). 18.00 Wertung musikalischer Kunstwerke (Dr. H. Hofer, Dr. Vetter). 18.30 Querschnitt durch Zeitschriften (Dr. H. Traub). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Englisch (Marga v. Kuhlwein, Lektor W. Mann). 19.30 Beamtengehälter im In- und Ausland (Dir. Lenz). 20.00 Aus Wien: Lanner — Strauß — Ziehrer. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Victor Schill, Berlin; Anzeigen: Otto Hengst, Berlin. Verlag: Sowalds Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Sowalds Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Unterstr. 3, Dieritz 1 Beilage.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Funktionäre!

Freitag, den 16. September, abends 7 Uhr, in den Germania-Prachtzalen, Chausseestraße 110

Versammlung aller Funktionäre des DMV. der Ortsverwaltung Berlin

Tagesordnung: Die Notverordnung und die Stellungnahme der Berliner Metallarbeiter dazu. Witalienabus und Funktionärstransport ist notwendig. Die Ortsverwaltung

Staats Theater

Mittwoch, den 14. September

Staatsoper Unter den Linden

20 Uhr

Othello

Staatliches Schauspielhaus

20 Uhr

Was ihr wollt

SCALA

Tägl. 8. u. 11. UHR JACK SHEA Wilson, Keppel usw.

Städt. Oper

Charlottenburg

Fraunhofer 6231

Mittwoch, 14. Sept.

Turnus IV

Die Banditen

Beginn 20 Uhr

Pfahl, Eisinger, Sydow, Burgwinkel, Gründgens, Kandl, Egenlauf, Gonszar, Dirigent: Breisach

Rose-Theater

Große Frankfurter Straße 132

14. Weibul 2 7 3423

8.30 Uhr

Aerzte im Kampf

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Winter Garten

4 Uhr 13. Flora 3434. Kuchensert.

Das berühmte

DAYELMA - BALLETT

3 Swifts, Rudi Grasl

und weitere Künstler-Truppen

von internationalem Ruf.

Schiller

Großmarkt 70/71

Steinpl. (O 1) 6715

Täglich 8 Uhr

„Die versenkete Glocke“

Kassentafeln

tägl. 10—20 Uhr

Theater

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr

Lothringer Straße 37.

Sonntag nachm. 4 Uhr

Nur noch wenige Aufführungen

Annemarie

Volksoperette — Musik von Gilbert

Dazu buntes September-Programm

Gutschein für die Leser 1—4 Personen

Faut. 0.75 M., Sessel 1.35 M., Park. 0.50 M.

Stettiner Sänger

Reichshallen-Theater

(Dönhoffplatz)

Merker A. 6. 1247. Dir. Meisel

Tägl. 8.15 Uhr, Sonntags

3.30 Uhr (ermäßigte Pr.)

Eröffnungsprogramm

mit der Burleske

Freibad Krumme Lanke

Neue Kräfte. Preise 0.50 bis 2.25 M.

Vorverkauf 11—2, 5—9 Uhr.

Deutsches Theater

Weidendamm 5201.

8 Uhr

Letzte 3 Vorstellungen

Wunder um Verdan

Dram. Dichtung von Hans Chlumberg

Regie: Karl Heinz Martin. Kassentafeln von 0.50 M. bis 11.50 M.

Kammerspiele

Weidendamm 5201.

Beginn 8 1/4 Uhr

„Schicksal nach Wunsch“

Komödie v. Christa Winsloe

Regie: Rudolf Beer

Melzer, Ulrich, Roman, Adl, Bräuninger

Trabrennen Mariendorf

Donnerstag, 15. September

nachm. 5 Uhr

Untergang am Ueberfluß

Farmer führen Krieg — Von M. Fromme

Es herrscht offener Kriegszustand in den Vereinigten Staaten des mittleren amerikanischen Westens. Systematisch, geschult an der Taktik des Krieges, versuchen die Farmer den Städten die Lebensmittelpfeiler abzuschneiden, um höhere Preise für ihre Produkte zu erzielen. Streikbrecher sind von der Regierung gebildet, deren Einsatz bereits zu blutigen Zusammenstößen mit den Farmern geführt hat. Die Hauptstadt des Staates Iowa, dem Herd der Bewegung, wird von den Farmern geradezu blockiert. Unter den Farmern nördlich der Grenze, im kanadischen Westen, gärt es ebenfalls bereits in bedrohlicher Weise. In einem Aufruf der „United Farmers of Canada“, der größten und politisch einflussreichen Farmerorganisation, heißt es: „... Wir verstehen vollkommen, daß es für Leute, die um die nackte Existenz ihrer Frauen und Kinder kämpfen, schwer ist, im Angesicht der „red coats“ (Rotröde = Britische Polizei) und geladener Gewehre einen kühlen Kopf zu bewahren...“ und bereits sind von den Farmern Besetzungen unmöglich gemacht. In sich über das ganze ungeheure Gebiet verteilenden Massenversammlungen der Farmer wurden die Abschaffung der Spekulation in Farmererzeugnissen und Einführung hundertprozentiger Kontrolle der Vermarktung durch die Farmer, sowie Einrichtung eines Ausgleichsbüros zur Regulierung der Preise für Getreide und Gebrauchsgegenstände gefordert. Darüber hinaus ist das Direktorium der „United Farmers“ beauftragt, wirksame Maßnahmen zum Zwecke politischer Unabhängigkeit der drei westlichen Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta von dem Dominion, sowie der Bildung eines kooperativen Staatenverbandes (eines „westlichen Dominions unter britischer Flagge“) und direkter Handelsbeziehungen mit dem englischen Mutterlande auf der Basis eines Frei- und Austauschhandels in die Wege zu leiten. Ferner verlangt man Einstellung und Unterlassung sämtlicher Versteigerungen für Steuereintreibung, Hypotheken- und Bankschulden. Dürften diese Forderungen auch kaum eine absolute Verwirklichung erfahren, so kann doch nichts besser die verzweigte Erbitterung der Farmer beleuchten, als diese radikale Bewegung.

Während sonst die Erntezeit die Hochzeit des gesamten Kontinents, eine Periode des erhöhten Güterbedarfes und gewaltig gestiegenen Geldumlaufes bildete, während man sonst geradezu von einem Taumel des Geschäftemachens sprechen konnte und Hunderte von Millionen Dollars von den Banken und Getreidegesellschaften in die Hände der Farmer flossen — bringt dieses Jahr nun schon die dritte Fehlerte nacheinander hinsichtlich der Preislage. Dieser bereits drei Erntejahre dauernde Preistiefstand wirkt sich katastrophal aus, da er dem Farmer nicht mehr die Unkosten einbringt! Wo der Farmer in früheren Jahren in der noch einer günstigen Ernte unweigerlich gekauften neuen „car“ entlangkaufte, leistet er heute auf der „road“ mit einem Gespann Notstandsarbeit und ist froh, damit einige Dollars oder Lebensmittel zu verdienen!

Der Rückschlag, welcher der sich geradezu überspringenden Entwicklung noch bis zum Zusammenbruch im November 1929 gefolgt ist, ist gewaltig. In den „Towns“ des gesamten amerikanischen Westens bietet sich immer wieder dasselbe Bild, ist eine für diese Gebiete ganz allgemeine Entwicklung festzustellen:

Das Geschäft ist absolut tot!

Manche „Towns“ erscheinen geradezu ausgestorben. Wo sich früher zwei Banken befanden, ist mindestens eine geschlossen. Das Hotel, früher überfüllt, ist verödet. Bierschänke ist es dem Besitzer noch gelungen, die Halle als Verkaufsal für eine der zahlreichen Sektoren zu vermieten. Wo früher zwei, gar drei Unternehmen derselben Art ihre Existenz fanden, Geld verdienen, schlägt sich heute eines mühselig durch. In den Schaufenstern, innen, allenthalben prangt ein grelles Plakat:

„Bitte, frage nicht nach Kredit!“

— paradox anmutend in diesem Lande, das zu neunzig Prozent auf Kredit aufgebaut ist, wo man selbst seinen Lohn ein Jahr lang auf Kredit aufbaut, „Auf Kredit bis nach der Ernte!“... Es ist ein Massenbankrott. Tausende Farmen sind verfallen. Wenn nicht noch zigtausende mehr verfallen sind, was die logische Folge der völlig zusammengebrochenen Zahlungsfähigkeit der Farmer sein müßte, so nur deswegen, weil sonst die Banken, Kreditorganisationen usw. Landverwalter in einem Ausmaße würden, das über ihre Kräfte ginge. Indirekt, gemessen an der Verschuldung, gehört das Einkommen der Farmer für Jahre hinaus den Banken, Maschinen-, Autofabriken und Kreditinstituten.

Der ganze Haß der Farmer richtet sich gegen den industriellen Osten, gegen die Banken, durch die man sich ausgebeutet fühlt. Daneben gibt die Erbitterung der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie, der man die übertriebene Mechanisierung der Landwirtschaft zuschreibt. Wo man noch in den Hochpreisjahren bis 1929 auf den Traktor und „Combine“ schwor, da erkennt man heute in ihnen so recht die

Gasolin freßenden Pleitegeier

des kleineren und mittleren Farmers. Auf die etwa 300 000 Farmer im kanadischen Westen verteilen sich heute bereits bald 90 000 Traktoren und etwa 10 000 „Combines“ (kombinierte Schneide- und Dreschmaschinen), während mindestens 60 Prozent als mittlere und kleine Farmer anzusprechen sind, für die das Pferd in Verbindung mit dem „Farmship“ auch heute noch die billigste Arbeitskraft darstellen. Gewaltige, sich niemals verzinsende Beträge in Gestalt von untragbaren Abzahlungsverpflichtungen sind von den Farmern mit den Maschinen übernommen. Arbeitet doch ein Traktor zum Preise von etwa 1200 bis 1400 Dollar auf einer mittleren bis größeren Farm im ganzen Erntejahre nur zwei bis höchstens drei Monate! Rechnet man dazu die Betriebskosten, die Reparaturen usw. und stellt demgegenüber die Unkosten für eine menschliche Hilfskraft (die dann mit Pferden arbeitet, die nichts kosten, da sie auf der Prärie weiden) auf die Gesamtdauer von drei Monaten mit heute höchstens 120 Dollar ein, so dürfte sich die Unmöglichkeit der heutigen Kapitalverzinsung klar erkennen lassen. Zum anderen, und dieses psychologische Moment ist einer der stärksten Aktiopothen für die Arbeit am lautenden Band, waren die Farmer von einer geradezu krankhaften Sucht befallen, die durch eine raffinierte Reklame kunstvoll gesteigert wird, unbedingt stets das neueste Modell zu haben. Die also meistens erst teilweise bezahlte Maschine wurde grundgegeben, von der Firma als Anzahlung verrechnet, die Ba-

lance auf die neue Maschine aufgeschlagen — nach zwei oder drei Jahren wiederholt sich der Vorgang — ein circulus vitiosus... .

Wenn der kanadische Weizenpool in seinem Jahresbericht vor zwei Jahren bereits feststellen konnte, daß infolge der steigenden Verwendung von Maschinen und der dadurch hervorgerufenen Umwälzung heute in zwei bis drei Monaten dieselben Mengen Weizen angeliefert würden, wie früher in sechs bis acht Monaten, so ergibt sich daraus auch die Einwirkung der Maschinenverwendung für die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die eigentliche Erntezeit, früher zwei bis drei Monate dauernd, ist heute auf etwa vier bis sechs Wochen zusammengedrängt. Burden früher, noch bis 1927/28, zur Erntezeit... zigtausende Erntearbeiter vom Osten nach dem Westen geschickt, die wochenlang von Farm zu Farm zogen, so finden heute selbst die im Westen ansässigen Kräfte nicht genügend Beschäftigung. Katastrophal ist der dadurch und in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit verursachte Lohndruck, der die Löhne der Farmarbeiter innerhalb der letzten drei Jahre um 50 bis 75 Prozent gedrückt hat und sich heute selbst lediglich für Verpflegung und Unterkunft anbieten läßt.

Da am schlimmsten die reinen Getreide-, besonders Weizenfarmer durch diese Entwicklung betroffen sind, weite Präriegebiete für andere Betriebsarten aber vollständig ausschalten, so geht heute (so wie früher die Ansiedlercharen in die Präriegebiete strömten, deren unabsehbare Weiten verlockend erschienen) der

Zeit in die Buschgebiete,

nach dem Norden. Gleich wie nomadisierende Stämme ihre Rundscharer aussandten, um gute Weidplätze ausfindig zu machen, so senden heute in geschlossenen Wäldern siedelnde Sektoren und Bruderschaften oder Gruppen zusammenarbeitender Farmer einzelne, vertrauenswürdige und erfahrene Männer nach dem Norden, um geeignetes Neusiedlungsland zu suchen. Es ist ein Zug nach dem Norden, der aus dem Zwang der Entwicklung der letzten Jahre entstanden ist, der von der Regierung selbst unterstützt wird. Diese schafft ganze Familiengruppen auf ihre Kosten nordwärts, bezahlt die Transportkosten und weist ihnen geeignetes Land an. In der

Art der ersten Pioniere geht oft der Umzug vor sich. Man kann wieder die alten schwerfälligen Planwagen beobachten, mit vier bis sechs Pferden bespannt. Alte Leute mit von der Last der Jahre und der Arbeit gebeugten Rücken und ledernen, harten Gesichtern. Mütter mit Säuglingen an der Brust. Junge Männer, die hier und dort durch Gelegenheitsarbeit etwas Geld zu verdienen versuchen. Auf dem Landwege legen sie so Hunderte von Meilen zurück, selbst aus dem Süden des amerikanischen Westens kommen sie herauf, dem Norden gleich dem gelobten Lande entgegengehend, wo sie endlich das zu finden hoffen, was ihnen in jahrelangen Kämpfen auf der Prärie nicht beschert wurde.

Durch umfangreiche betriebswirtschaftliche Erziehungsarbeit versuchen die Regierung, die Eisenbahnen und landwirtschaftlichen Organisationen die Farmer zu unterstützen. Darüber hinaus aber sieht man die einzige Möglichkeit rationalen Wirtschaftens, besonders für den Weizenbauern, in einer kollektivistischen Planwirtschaft und genossenschaftlichen Vermarktung. Es ergibt sich daraus nun der paradoxe Umstand, daß von den Produzenten des größten Getreideausfuhrlandes der Welt eine Entwicklung gefördert wird (der vorläufig lahmgelegte Weizenpool stellt das darin bisher größte Experiment dar), die, wenn auch vorläufig lediglich als Preis- und Profitschutz gedacht, doch unbedingt nach Ansicht amerikanischer Volkswirtschaftler zu einem Konsumentenpool in den Bedarfsländern und in weiterer Auswirkung zu einer Ausschaltung des gesamten privaten Zwischenhandels und damit auch völligen Umwälzung auf den Weltmärkten und in den Handelsbeziehungen führen muß. Es ist danach nicht mehr zu übersehen, daß selbst in der Hochburg des Privatkapitalismus die Erkenntnis um sich greift, daß die rein individuelle Wirtschaftsweise abgewirtschaftet hat und eine wirkliche weltweite Besserung auf die Dauer doch nur eine internationale Planwirtschaft bringen kann, die in letzter Auswirkung aber zwangsläufig, mag man sich heute auch noch mit Gewalt vor der Wahrheit verschließen, eine sozialistische sein wird und muß!

Berichte aus England

Stillschweigen um Indien — Von Wilhelm Tietgens

Besonders auffällig während der Britischen Reichskonferenz in Ottawa war das einmütige Stillschweigen um Indien. Man konnte aus den Verhandlungen den Eindruck gewinnen, als ob Indien für das britische Imperium ohne große Bedeutung oder als ob alles in schönster Ordnung wäre. Alle Welt weiß aber, daß das nicht der Fall ist.

Indien wird von den imperialistischen Engländern der „Diamant in der Krone der Kolonien“ genannt. Das ist durchaus keine Übertreibung, denn in der Tat basiert der größte Teil des britischen Reichtums auf dem Handel mit dieser Kolonie. Schon im Altertum und im Mittelalter waren die „Schätze des Wunderlandes Indien“ das Ziel zahlreicher Kriege und Unternehmungen. Mit der Gründung der London-Ostindischen Kompanie im Jahre 1600 und ihrer Erweiterung in den nächsten Jahrzehnten ging das Handelsmonopol mit Indien auf England über. Seitdem hat es keine gesamte auswärtige Politik hauptsächlich auf den Ausbau und die Sicherung dieser wertvollsten Kolonie gerichtet.

Es wird vielfach angenommen, der Wert dieser Kolonie liege für Großbritannien in Steuern und Abgaben, die von der über 300 Millionen zählenden Bevölkerung aufzubringen wären. Das ist aber nicht der Fall. Die 13 nordamerikanischen Kolonien haben wegen direkter Besteuerung einen Krieg gegen das Mutterland geführt und sich 1776 selbständig gemacht. Seitdem ist es ein Grundgesetz britischer Kolonialpolitik, keinerlei Abgaben aus den Kolonien nach England einzuführen. Wohl aber müssen die Kolonien die Mittel für ihre eigene Verwaltung aufbringen. Damit tragen sie auch die große Zahl der Verwaltungsbeamten, Lehrer, Soldaten, Polizisten und andere Staatsbeamte, die meist britischer Abstammung sind. Allein schon diese Möglichkeit der Engländer aller Gesellschaftsschichten, überall im Imperium, besonders aber im volkreichen Indien gutbesoldete Stellen zu finden, ist eine wichtige Entlastung des englischen Arbeitsmarktes und trägt viel zum Reichtum des Mutterlandes bei. Die eigentliche Quelle dieses Reichtums ist jedoch der Handel.

Der Außenhandel Indiens ist mit rund 9 Milliarden Mark Jahreswert der zweitgrößte im britischen Imperium. Er ist größer als der Außenhandel Kanadas und Australiens zusammengenommen. Indien steht in der Einfuhr von Großbritannien mit etwa 2 Milliarden Mark jährlich an erster Stelle. Es kauft von Großbritannien für etwa 300 Millionen Mark mehr als Amerika und für etwa 350 Millionen Mark mehr als Deutschland, das der nächstbeste Kunde Großbritanniens ist. Von der gesamten Einfuhr nach Indien liefert Großbritannien 43 Prozent, Japan 10 Prozent, Deutschland, Amerika und Niederländisch-Indien je 6 Prozent. Die Ausfuhr aus Indien — vor allem Rohbaumwolle, Baumwollgarne, Tute, Futurwaren, Getreide, Seide und Tee — geht allerdings nur zum kleineren Teil nach Großbritannien (22 Prozent). Amerika erhält 12 Prozent, Japan 10 Prozent und Deutschland 8 Prozent. Aber auch dieser Handel wird zum großen Teil von englischen Firmen kontrolliert.

Bei dieser großen Bedeutung des indischen Handels ist das eigentümliche Stillschweigen um Indien besonders auffällig. Der Grund hierfür liegt in der Stellung Indiens innerhalb des britischen Imperiums sowie in seinen höchst verwickelten innerpolitischen Verhältnissen.

Indien ist ein Kaiserreich mit dem englischen König als Kaiser. Die streng monarchistische Verfassung gibt die Regierungsgewalt fast ausschließlich dem Kaiser, der durch einen von ihm ernannten Generalgouverneur vertreten ist. Die Engländer stehen auf dem in Kolonialfragen beliebten Standpunkt, daß die indischen Eingeborenen noch nicht reif und gebildet genug seien, um sich selber zu regieren und ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten. Infolge-

dessen liege es nur im Interesse der Inder, wenn Großbritannien auch weiterhin eine Herrschaft über Indien führe. Noch 1907 beschloß das britische Parlament, Indien keine Vertretung auf der Reichskonferenz zuzugestehen. Aber die Anteilnahme Indiens am Weltkrieg (über 1 Million Soldaten Indiens gingen für Großbritannien an die Fronten!) machte diesen Ausschluß ungerecht. Indien ist nun ein ordentliches Mitglied der Reichskonferenz und war in Ottawa durch Angehörige der indischen Regierung zum erstenmal vertreten.

Während des Krieges wurde Indien auch das Recht der Selbstverwaltung versprochen. Dessen ungeachtet hat das indische Parlament auch nach der 1919 als „Versuch für 10 Jahre“ vorgesehenen Neuregelung der Verwaltung wenig Einfluß. Für das Unterhaus sind von den rund 250 Millionen Einwohnern Britisch-Indiens nur etwas über 1 Million Einwohner wahlberechtigt, für das Oberhaus gar nur 32 000. Daß bei diesem „Wahlrecht“ von einer Vertretung der Inder im Parlament und in der Regierung keine Rede sein kann, ist klar. Zudem ist nach Ablauf der zehnjährigen Versuchszeit die versprochene Erweiterung der indischen Selbstverwaltung ausgeblieben.

Die Inder kämpfen nicht nur für politische, sondern auch für wirtschaftliche Selbständigkeit. Ihr Ziel ist völlige Unabhängigkeit Indiens. Sie propagieren schärfsten Boykott britischer Waren und versuchen, die britische Verwaltung lahmzulegen und die ganze Bevölkerung aufzurütteln. Zwar sind die Inder religiös zerplittert, heftige Kämpfe zwischen Mohammedanern und Hindus schwächen die Front gegen Großbritannien. Zudem sind noch Millionen des Lesens und Schreibens untundig und zählen daher kaum als Kämpfer für eine eigene Selbstverwaltung. Größer aber als diese Schwierigkeiten ist der Glaube an den Sieg Indiens. Japan gab den Indern ein Vorbild, zudem ist die Furcht vor der Ueberlegenheit des Weissen geschwunden. Außerdem stimmen in Indien und in Großbritannien wie in der ganzen Welt unzählige Weiße, auch politisch und wirtschaftlich einflussreiche Weiße, den indischen Führern zu und anerkennen das Recht Indiens auf Selbständigkeit.

Dies vielen Versuche Shandis und der anderen indischen Führer, im Einvernehmen mit den Vertretern Großbritanniens eine freiheitliche Verfassung für Indien zu schaffen, scheiterten. Auch die hoffnungsvoll begonnene Konferenz am „Runden Tisch“ verlief ergebnislos. Die nationale Regierung Großbritanniens zeigte sich unfähig, das während des Weltkrieges gegebene Versprechen auf Selbstverwaltung einzulösen. Ja, sie ergriff nach Bedenken der Konferenz gegen die Unruhen und Kämpfe der Inder schroffere Methoden, zumeist mit der Begründung, daß es sich um kommunistische Aufwühlung handele. Dabei wird jedoch die bolschewistische Propaganda bei weitem überschätzt. Vielmehr wirkt sich in Indien die englische Kolonialpolitik aus, die die Völker zu einem großen Teil europäisiert hat, ohne sie als gleichberechtigt anzuerkennen. Jetzt soll dieser Widerspruch mit Gewaltpolitik getilgt werden. Seit Ende Dezember 1931 bis Anfang Juni dieses Jahres sind insgesamt 40 000 Personen ins Gefängnis gebracht worden, darunter Shandi und fast alle führenden Inder!

Deshalb waren in Ottawa für Indien keine Anhänger der indischen Selbstverwaltung, sondern nur Vertreter der von Engländern geführten Regierung anwesend, und demzufolge wurde Indiens Situation kaum diskutiert. Die Stimmen, die Indiens Interesse hätten vertreten können, waren zum Schweigen gebracht. So ist die Stille um Indien ein Erfolg der Gewalt und kein Zeichen der Uebereinstimmung. Aber die Unruhen, der Warenboykott und die Aufsehung gegen die britische Verwaltung dauern an; Großbritanniens reichste und sicherste Kolonie ist am heftigsten erschüttert und umkämpft.

Sportliches - Allzuspportliches

Was die letzte Zeit brachte

Der Kult, der mit den zurückgekehrten Olympiateilnehmern getrieben wurde, scheint nun endlich vorbei zu sein. Am Montag hat der Magistrat der Hauptstadt Berlin die „Olympioniken“ empfangen, wobei man sogar bis auf die Placierten aus der Wintersportolympiade zurückgriff. Im bürgerlichen Sport sind Siegerehrungen immer sehr feierlich; das war schon beim alten Turnplatz Jahns so, wenn der seinen Leuten die Eichenkränze umhing, und das war auch so, als später blinkende Medaillen auf die Brust der Helden gebeitet wurden. Bei unserer Stadtoberkeit bat man die Geehrten, sich ins Goldene Buch der Stadt einzuschreiben, man hielt sie feiernde Ansprachen, überreichte ihnen schöne Plaketten, und dann kam Oberbürgermeister Dr. Schum auch auf die nächsten olympischen Spiele zu sprechen, die 1936 in Berlin stattfinden sollen. Dazu müsse das Stadion im Grunewald vergrößert werden, denn für so ein hochrepräsentables Fest genüge es nicht mehr.

Vier Jahre sind gewiß eine lange Zeit, und viel Wasser wird noch bis dahin die Spree hinunterlaufen. Berlin wird noch Sorgen besonderer Art haben, so z. B. mit seinen Erwerbslosen und den Wohlfahrtsunterstützten und mit seiner Finanzgebarung überhaupt. Und so haben denn die maßgebenden Herren aus dem bürgerlichen Sportlager eben schon früh genug angefangen, den Magistrat und seinen sportfreundlichen Oberbürgermeister (früher nannte man mehr unfreundlich denn freundlich Herrn Böhm) von der Notwendigkeit großer Ausgaben für ihren Sport zu überzeugen. Es wird nicht beim Umbau des Stadions bleiben, man wird auch andere Zuschüsse herauszuschlagen verstehen — genau so wie man die Finanzierung der deutschen Expedition nach Los Angeles fertigbrachte, ohne daß bis heute die Defizitfähigkeit erfahren hätte, wie hoch der vom notleidenden Reich zugeschoffene Betrag gewesen ist. Der bürgerliche Refordisport (der allerdings in Los Angeles so elend abschnitt!) ist zwar nach der Meinung gewisser Leute eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, sonst aber hat dieses Volk hat Mut zu hoffen!

Sport — Sache des Volkes! Eine Illustration dazu: Als der deutsche Jekhtkämpfer Eberle wieder in der Heimat war, gab ihm zu Ehren der Berliner Sportklub ein Abendfest. Der Besuch war so niederschmetternd gering, daß Eberle sich tatsächlich vor leeren Tribünen zeigte. Das deutsche Volk war eben durch die einheimischen Sportmanager so hoch in seinen Siegesanprüchen gestellt worden, daß eine Befriedigung bei der Konkurrenz in Los Angeles einfach unmöglich war. Was die anderen Sportler da draußen leisteten, das zeigten die Hockspiele, die Indiens Hockeyspieler gegen Deutsche austrugen. In Berlin verlor eine hiesige Auswahlmannschaft mit 4:1 Toren, die deutsche Nationalmannschaft, also des Bette vom Bette, mußte sich in München 6:0 geschlagen bekennen!

Der Stahlhelm hätte bei seinem Aufmarsch im Grunewaldstadion 100 000 Menschen da gehabt, so berichtete Hugenbergs „Wokal-Anzeiger“. Achtzigtausend Zuschauer und 20 000 in der Arena Aufmarschier seien gewesen. Das alles hätte für den „Wehrsportgedanken“ demonstriert. Achtzigtausend Zuschauer sind noch nie im Stadion gewesen, weil es nur 30 000 Sitz- und Stehplätze hat, und zwanzigtausend Mitwirkende hat noch niemand auf das grüne Dool im Innern gebracht, weil dazu die

Fläche einfach zu klein ist. Man soll also den „Wehrsportgedanken“ nicht übertreiben!

Frankreich ist das Land der Steher! Das hat sich jetzt wieder erwiesen, als die Radweltmeisterschaften ausgefahren wurden. Einmal konnte Frankreich den Sieger in den Steherkonturrennen stellen. Deutschland lieferte seit 1896 fünfmal den Weltmeister, nämlich: Robl, Sawall und Müller. Für Belgien holte Linart den Titel nicht weniger als viermal, fünfmal war überhaupt ein Belgier Weltmeister.

Um wirksame Maßnahmen gegen die einfach überhandnehmenden Autodiebstähle zu finden, haben jetzt Vertreter des Reichsausschusses für Kraftverkehrswirtschaft sogar im preußischen Innenministerium vorgeprochen. Es ist schließlich keine Kleinigkeit, wenn täglich allein in Berlin bis zu zehn Autos auf eine gefahrlöse und moralisch nicht zu billigende Art den Besitzer wechseln. Ganze Kolonnen haben sich gebildet, die eine strenge Arbeitsteilung nach neuzeitlichen Gesichtspunkten vornehmen: Die eine Gruppe kauft die Autos, die andere schlachtet sie aus oder, was einträglicher ist, baut sie um, ändert die Kennzeichen, gibt ihnen einen anderen farbigen Anstrich oder wechselt sogar die Karosserien aus. Das gehört zwar nicht zur Kraftverkehrswirtschaft, aber es wird doch de facto gemacht, und so kann man es den Autobesitzern nicht verdenken, wenn sie alle Hebel in Bewegung setzen, damit ihnen ihr Eigentum erhalten bleibt. Schließlich haben selbst die Nichtbestohlenen auch einen Schaden bei der ganzen Geschichte, denn die Versicherungsgesellschaften haben soviel an Entschädigungen zu zahlen, daß sie schon eine Erhöhung der Prämien erwägen. „Maßnahmen“ sind dazu da, daß sie „ermogen“ werden; es ist also zu hoffen, daß das Innenministerium Mittel und Wege zur Bekämpfung des Diebesunwesens findet, und die Autobesitzer werden sich in Zukunft in allen Fällen daran erinnern müssen, daß ihre Autotüren Schlüssel haben!

Weil wir gerade beim Autoverkehr sind: Der Berliner Kutschasphalt ist nun wirklich gerichtsfähig geworden. Ein Rechtsanwalt klagt gegen die Stadt Berlin auf Schadenersatz, weil sein Auto auf nassem Asphalt Schaden erlitt. So ein Prozeß ist keine Kleinigkeit, wer den längsten Atem hat, gewinnt ihn schließlich. Jedenfalls hat schon eine ganze Anzahl Termine stattgefunden, wobei immer für jedes Gutachten ein Gegengutachten angefertigt wurde. Der Vertreter der Stadt meinte, bei der stadtbekanntesten Gefährlichkeit des Asphalts müßten eben die Automobilisten so langsam fahren, daß nichts passieren könne. „Richtig! Man schlage wieder Eisenreifen auf die Räder und spanne Dachsen vor die Wagen! Und doch hat sich der Stadtrat nur ein bißchen ungeschickt ausgedrückt. Er meinte offenbar: Der alte gute Berliner Asphalt liegt zum sehr großen Teil schon ein Menschenalter auf den Straßen, jedenfalls ist er älter als der neuzeitlich gesteigerte Automobilverkehr. Folglich konnte man bei seiner Verlegung die Wirkung nassem Asphalt auf schnellfahrende Autos nicht berücksichtigen. Und da die Stadt jetzt nicht alle Straßen auf einmal zum Kutschasphalt befreien kann, weil sie kein Geld dazu hat, so müssen eben die Autofahrer vorsichtig sein — siehe oben! Aber Reupflasterungen werden nur mit Kutschasphalt vorgenommen. So sagte wenigstens Stadtbaurat Hahn, als er kürzlich einmal die Pressevertreter durch Berlins Straßen führte!

Kleiner Sport. Neues aus aller Welt.

Die sächsische Arbeiter-Tennismeisterschaft im Mannschafkampfe (je 4 Spieler und 4 Spielerinnen) kommt am 17. und 18. September in Dresden zum Austrag. Es spielen der Westschlesener Tennissport Club Chemnitz, der Nordwestschlesener Tennisclub Leipzig und der Ostschlesener Tennisclub Dresden. Die westdeutschen Einzeltennismeisterschaften finden am 17. und 18. September in Barmen statt. 53 Meldungen aus den Vereinen Rheinland-Westfalens liegen vor.

Die Sächsischen Meisterschaften im Geräteturnen werden am 17. September in Spremberg als Regenwettkämpfe ausgetragen.

Bedeutende Städtehandballspiele gelangen am 18. September zur Durchführung. Wir nennen: Dresden—Berlin, Danzig—Stettin und Leipzig gegen Landesmannschaft Thüringen. Der österreichische Arbeiterfußballverband beabsichtigt in Verbindung mit einer Einladung nach Palästina im Januar mit einer Auswahlmannschaft zwei Wettkämpfe in Ägypten, eins in Griechenland und drei in Palästina austragen zu lassen.

Die mit großem Erfolg begonnene Matadore-Trabrenn-Veranstaltung wird am Donnerstag, 18. September, in Mariendorf fortgesetzt. Im Mittelpunkt des umfangreichen und durchweg mit starken Feldern besetzten Programms steht der Matadoreausgleich über 2000 Meter, der durch seine ausserordentliche Belegung mit einer Reihe erstklassiger Pferde großes Interesse erregt. Die beste Inländerflotte trifft sich im Preis von Wien über 2400 Meter. Die Veranstaltung beginnt um 17 Uhr.

Internationale Höchstleistungen im Schwimmsport

Der Wasserport-Hochauschuss der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale hat die neue Höchstleistungsliste zusammengestellt. Sie enthält folgende Zeiten und Sieger: Männerbrustschwimmen: 100 Meter Bager (Österreich) 1 Min. 17,3 Sek.; 200 Meter Hölzl (Ö.) 2 Min. 53,4 Sek.; 400 Meter Hölzl (Ö.) 6 Min. 17 Sek.; 800 Meter Hölzl (Ö.) 13 Min. 17 Sek.; 1000 Meter Scheerbarth (Deutschland) 2 Min. 55,8 Sek.; 200 Meter Kraußschwimmen: 100 Meter Grünh (D.) 1 Min. 04,8 Sek.; 200 Meter Grünh (D.) 2 Min. 32 Sek.; 400 Meter Grünh (D.) 5 Min. 23,3 Sek.; Stafetten: 4 mal 100 Meter Brust USSR-Wien 3 Min. 26,7 Sek.; 3 mal 100 Meter Lagenstaffette USSR-Wien 3 Min. 30,3 Sek.; 4 mal 100 Meter Krauß USSR-Wien 4 Min. 35,3 Sek. Frauenbrustschwimmen: 100 Meter Schweizer (Ö.) 1 Min. 35,6 Sek.; 200 Meter Stoll (D.) 3 Min. 27,6 Sek.; 400 Meter Stoll (D.) 7 Min. 11,1 Sek.; 800 Meter Stoll (D.) 14 Min. 11,1 Sek.; 1000 Meter Stoll (D.) 17 Min. 11,1 Sek.; 200 Meter Stoll (D.) 5 Min. 11,1 Sek.; Stafetten: 4 mal 100 Meter Brust USSR-Wien 6 Min. 41,7 Sek.; 3 mal 100 Meter Lagenstaffette Berlin 4 Min. 38,8 Sek.; 4 mal 100 Meter Krauß Berlin 5 Min. 53,4 Sek.

Bundestreuere Vereine teilen mit:

- Seitens des Reichsausschusses:** Sitzung Donnerstag, 15. September, 20 Uhr, im Reichshaus, Schwanenbühl, 11b.
- Seitens des Reichsausschusses:** Sitzung Donnerstag, 15. September, 19 Uhr, Beginn der Vortragsabende Oberberger Straße, Vortragsabende Montags 20:45—22 Uhr und Donnerstags 19—20:45 Uhr.
- Seitens des Reichsausschusses:** Treffen für Sonntag, 15. September, 10 Uhr, Kreuzberg, Oberberg, Start 9 Uhr, Reichshaus, Str. 11. — Vhr, Reichshaus, Oberberg, Start 7 Uhr, Oberberger Weg. — Vhr, Charlottenburg, Ralfer, Start 5 Uhr, Oberberg, Oberbergstraße. — Vhr, Mitte: Ralfer, Start 7:15 Uhr, Engelstraße 25.
- Seitens des Reichsausschusses:** Sitzung, Donnerstag, 15. September, 19 Uhr, Reichshaus, Oberberg, Start 9 Uhr, Reichshaus, Str. 11. — Vhr, Reichshaus, Oberberg, Start 7 Uhr, Oberberger Weg. — Vhr, Charlottenburg, Ralfer, Start 5 Uhr, Oberberg, Oberbergstraße. — Vhr, Mitte: Ralfer, Start 7:15 Uhr, Engelstraße 25.
- Seitens des Reichsausschusses:** Sitzung, Donnerstag, 15. September, 19 Uhr, Reichshaus, Oberberg, Start 9 Uhr, Reichshaus, Str. 11. — Vhr, Reichshaus, Oberberg, Start 7 Uhr, Oberberger Weg. — Vhr, Charlottenburg, Ralfer, Start 5 Uhr, Oberberg, Oberbergstraße. — Vhr, Mitte: Ralfer, Start 7:15 Uhr, Engelstraße 25.

Fußballer mit Sorgen

Wie es in bürgerlichen Vereinen hergeht

Im bürgerlichen Fußballlager hat man Sorgen; d. h., wer keine hat, macht sich welche. Und bei diesen selbstgemachten Sorgen erfährt die Öffentlichkeit so manches, was den Selbstverorgern nicht gerade sehr angenehm ist. Die Hauptrolle spielen dabei die Spieler der ersten Mannschaften in den sogenannten „Oberliga“-Vereinen. Nicht nur, daß man selbst versucht, für seinen Verein neue Spieler zu „ziehen“ oder zu kaufen, nein, man sucht auch Mittel und Wege zu finden, wie man Mitglied eines Vereins geworden sind, die Spielerlaubnis entziehen lassen kann.

Ist da ein Verein im Berliner Norden, der in seiner Mannschaft drei Reichswehroldaten als Spieler hatte. Diese Reichswehroldaten sollen sogar sehr talentiert gewesen sein, wie sich bei dem ersten Freundschaftsspiel, das sie mitmachten, herausstellte. Das ließ nun einigen Herren aus einem „befreundeten“ Verein keine Ruhe. Tag und Nacht wurde überlegt, wie man die Reichswehroldaten umschädlich machen könne. Da kam ein Vorstandsmitglied auf die Idee, beim zuständigen Reichswehroldaten zu melden, die Spieler bekämen über die Sperrfrist des Deutschen Fußballbundes hinaus bezahlte Flugs wurde den Spielern von Bataillon verboten weiter für den Verein zu spielen. Gründe für das Verbot wurden nicht angegeben.

Das ließ nun natürlich den Leuten aus dem betroffenen Verein keine Ruhe. Sie bekamen Wind von dem Briefwechsel ihrer lieben Freunde mit der Reichswehr. Der Vorstand des Verbandes Brandenburgischer Ballspielvereine wurde beauftragt, eine Verhandlung mit den beiden Vereinen zustande zu bringen, um die Angelegenheit zu klären. Der Verein im Norden verwahrte sich nämlich streng dagegen, mehr als die zulässigen Sätze zu zahlen. Doch die Verhandlung wurde von den gegnerischen Vereinsvorstandsmitgliedern hinausgezogen; auch eine zweite Verhandlung konnte nicht stattfinden, da beide Vereine neues Material vorbringen wollten.

Jetzt verhängt sich aber der angeklagte Verein einen Protest, in dem er sich gegen den Vorwurf der Demütigung verwahrt. Die doch einmal kommende Verhandlung wird hoffentlich Licht in diese dunkle Misere bringen.

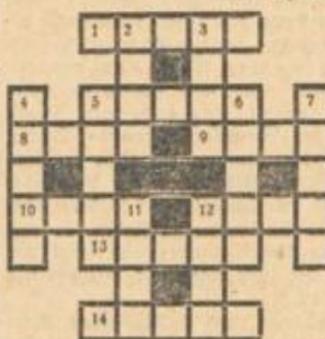
Welche Forderungen manche Spieler an Vereine stellen, in denen sie spielen sollen, zeigt folgender Vorfall. Einer der besten Verteidiger Berlins, der ehemalige Wasser-04-Mann Krauß, tauschte seinen alten Verein mit Tennis-Borussia ein. Vorher trat er aber noch in Verhandlungen mit Hertha-BSC. Hier stellte er die Forderung von 1500 M., wenn er bei Hertha spielen solle. Selbstverständlich war diese Forderung selbst dem Hertha-Vorstand zuviel, und die Verhandlungen scheiterten. So blieb dem Krauß nichts weiter übrig, als in Tennis-Borussia zu bleiben. Wieviel Krauß hier erhalten hat, ist bisher noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen.

Aber nicht nur in Berlin kommen solche Fälle vor. Im Esch bemühte sich der Berufsspielerverein Mühlhausen um Spieler aus Frankfurt am Main. So fanden Verhandlungen mit dem internationalen Torwart Kreh, sowie seinen Vereinskameraden Engelhardt und Ensel wegen der Ueberführung nach Mühl-

hausen statt. Der Deutsche Fußballbund hat sich nun mit dem französischen Verband in Verbindung gesetzt, der den Frankfurtern denn auch keine Spielerlaubnis gab. Die Frankfurter müssen jetzt also wieder die Rückreise antreten, ohne die Auslagen erstattet zu bekommen.

Rätsel-Ecke des „Abend“

Kreuzwörterrätsel

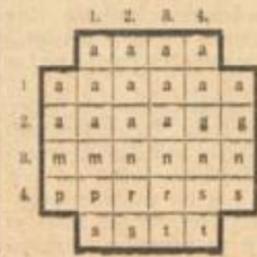


Wagerecht: 1. Kampfsport; 2. Religion; 3. Eisenbahnwagenart; 4. Gewächs; 5. weiblicher Vorname; 6. Aussprache; 7. Stadt in Westfalen; 8. Brettspiel.

Senkrecht: 1. Blume; 2. Nebenfluß der Donau; 3. europäisches Gebirge; 4. weiblicher Vorname; 5. Körperorgan; 6. deutsche Hafensstadt; 7. weiblicher Vorname; 8. Reize.

Silberrätsel

a a a ah ar cu da dor e e e gi i i ka la li li mac mond mot mut na naid nen ner neu ni nij no on ri rot se se fer sten ta te te ter ti va vel vet wer za zur. Aus obigen Silben sind 18 Wörter zu bilden, deren Anfangsbuchstaben von oben nach unten, deren dritte Buchstaben in umgekehrter Richtung gelesen, einen Ausspruch von Wilhelm v. Humboldt ergeben. Bedeutung der einzelnen Wörter: 1. Schädliches Insekt; 2. blauer Farbton; 3. monat. Gestalt des alten Testaments; 4. Gemüse; 5. Blutgefäß; 6. Wandpfeife; 7. Kurort an der Riviera; 8. Staffart; 9. Nebenfluß der Elbe; 10. Frauennamen; 11. Schweizer Dichter; 12. Weinort; 13. Staat in Südamerika; 14. mathemat. Bezeichnung; 15. russische Umkürzpartei; 16. enst. Staatsmann; 17. Werbung für eine Partei, Sache usw.; 18. Teil des Gesichts.



Magische Figur

Die Buchstaben sind so in die Felder der Figur einzuordnen, daß die Reihen, waagerecht und senkrecht gelesen, die gleichen Wörter folgender Bedeutung ergeben: 1. Edelstein; 2. Staat in Mittelamerika; 3. Süßfrucht; 4. Stadt in Rußland.

1	2
3	4
5	6
7	8

Silbenkreuz

1 + 2 Blutgefäß; 3 + 4 Fisch; 5 + 6 Schiffszubehör; 7 + 8 Mittelpunkt des Bauches; 9 + 10 Naturerscheinung; 11 + 12 Nebenfluß des Rheins; 13 + 14 bekannter Sozialdemokrat; 15 + 16 Sinnesorgan; 17 + 18 Maschinenteil; 19 + 20 Befestigungsmittel; 21 + 22 Philosoph.

Zahlenrätsel

1 2 3 — 4 5 6 — 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 — 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100

Enttäuscht

Ein Jäger schoß, da riß sein Blei Dem Flügelreier den Kopf entzwei. Er fand am Lagerfeuer Nur noch des Vogels Eier.

Groß und größer

Mit „D“ ein Haus, das viele Menschen laßt, In „K“, der Stadt, bin ich stets gern zu Gast.

Auflösungen der letzten Rätselle

Sternrätsel: 1—2 Einem; 2—3 Monti; 4—5 Gummi; 6—7 Geier; 8—9 Anker; 10—11 Norma; 12—13 Turin; 14—15 Ernst; 16—17 Eisen; 18—19 Eisen. — Buchstaben im Kreis 1—10: Emigranten.

Abzählrätsel (durch 6 abgezählt): Einft wird die Sonne müde sein, / Für immer, immer schlafen ein, / Drum freue dich, Erde, jeden Tag, / Den dir die Sonne schenken mag, / Und nim du Mensch auf jeden Schritt / Das Leuchten deiner Sonne mit.

Verwandlung: Lid — Lied. Verwandlungsrätsel: Baum, Raum, Rahm, Rahe, Rabe, Rabe, Rafe, Rast, Raft, Raft.

Silberwörter: 1. Daubet; 2. Gros; 3. Rieng; 4. Feder; 5. Cunter; 6. Jpsnich; 7. Garibadi; 8. Cos; 9. Donner; 10. Ranküne; 11. Ostant; 12. Hagenow; 13. Taler; 14. Nandu. — Der Reize droht nur, wo er sicher ist.

Dreierlei: Hand.